

Der Freisinn

FDP

Nr. 9
September 1987
9. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Plädoyer von FDP-Nationalrat Auer

Mehr Toleranz – auch in der Politik

Nicht alle politischen Konflikte sind lösbar, auch wenn vermeintliche «richtige» Lösungen vorliegen. Deshalb plädiert Nationalrat Felix Auer (FDP, BL) für mehr Toleranz auch in der Politik:

Es ist unsere Aufgabe in der Politik, für anstehende Probleme Lösungen zu finden. In Abwägung tunlichst sachlicher Argumente bestehen diese meist in demokratischen, auf Mehrheitsentscheiden beruhenden Kompromissen. Es gibt aber auch Probleme, für die es selbst mit dem besten Willen keine «Lösungen» gibt, sondern bloss mehr oder weniger befriedigende Regelungen. Vier solcher ungelöster Probleme seien hier herausgegriffen.

Das Gewissen des Soldaten

Verschiedene Versuche, das seit 1918 aktuelle Traktandum «Dienstverweigerer» ad acta zu legen, sind im Parlament und in Volksabstimmungen gescheitert, schlicht deshalb, weil es hier keine befriedigende «Lösung» gibt und geben kann. Wir erziehen unsere Jugend zu Friedfertigkeit und Rechtsstaatlichkeit, wissen aber, dass beides bedroht wird. Deshalb haben wir eine Armee.

Theologisch gesehen ist die Existenz von Armeen Ausdruck der Sündhaftigkeit des Menschen. Wir erziehen zum Töten. Befreien wir den Verweigerer vom Dienst, lösen wir zwar seinen Gewissenskonflikt, nicht aber jenen des Soldaten, der seine Pflicht zu erfüllen sucht. Auch er hat ein Gewissen! Kein noch so langer, harter und nützlicher Zivildienst hilft darüber hinweg, dass der Soldat, im Gegensatz zum Verweigerer, letztlich sein Höchstes für die Gemeinschaft einsetzt, nämlich das Leben. Auch der (identisch ge-



sinnte) Verweigerer weiss, dass er mit seinem Nein nicht die Welt verbessert, aber er will ein Zeichen setzen. Dies tut er mit der Strafe, die er auf sich nimmt, nicht aber mit einer «administrativen Erledigung».

Obwohl dies nach den deutlichen Vetos des Volkes nicht einfach ist, werden wir in nächster Zeit eine andere, weniger unbefriedigende Regelung des Dienstverweigerungsproblems treffen müssen – aber «lösen» können wir es nicht!

Moral und Waffen

Auf ähnliche Widersprüche stossen wir bei der Frage der Waffenexporte. Wird die Armee bejaht, muss auch die Waffenproduktion befürwortet werden. Eine solche aber ist in einem Kleinstaat ohne Exporte kaum möglich. Schon heute müssen wir einen Grossteil der Waffen importieren. Wenn der Export von Waffen als unmoralisch bezeichnet wird, so muss

es folgerichtig auch der Import sein (denn ein Dritter exportiert ja). Wir anerkennen, dass ein Land, auch ein Kleinstaat, sich verteidigen darf, haben aber Hemmungen, wenn es sich dabei um ein Land der Dritten Welt handelt, dem wir gleichzeitig Entwicklungshilfe leisten.

Zur Herstellung von Waffen braucht man Werkzeuge, Drehbänke, Kugellager, Chemikalien, Elektronik, optische Geräte, Uhrwerke usw. Oerlikon-Geschütze auf einem Kriegsschiff seien «unmoralisch», der Schweizer Dieselmotor dafür ist es offenbar nicht. Fast 90 Prozent der Gerätschaft und des Verbrauchs einer Armee ist «Ziviles»: Tuch, Farbstoffe, Lebensmittel, Transportmittel und anderes Material. Der Dieselmotor und all dies darf ohne staatlichen Segen ausgeführt werden, kein Hahn kräht danach! Was sind Offensiv- und Verteidigungswaffen, was «harte» und was «weiche» Waffen?

Kein Export ist erlaubt in «gefährliche Spannungsgebiete». Aber was ist dort morgen? Libanon galt bis 1977 als stabil und als die «Schweiz des Orients». Seit nun zehn Jahren herrscht dort Krieg. Wir liefern in ein Land mit demokratischem Regime. Aber besteht dieses auch morgen noch? Waffen kümmern sich eben nicht um den Finger, der ihren Abzug berührt.

Wir verkauften im Zweiten Weltkrieg den Deutschen Waffen und Werkzeuge zu ihrer Herstellung, weil wir ohne die deutschen Gegenlieferungen von Kohle und Rohstoffen wirtschaftlich erdrosselt worden wären. War es «moralisch»? Solange auf der Welt Gewalt herrscht und es Armeen hat, wird auch das Waffenausfuhrproblem bestehen, und wir werden es nicht «lösen» können.

Zwischen Zweifel und Gewissen

Nicht auf weltweite Gewalt, sondern auf verschiedene moralische

Fortsetzung auf Seite 2

Interview mit Bundesrätin Elisabeth Kopp

«Keine Sekunde Langeweile oder Überdross»

In einem Gespräch mit dem «Freisinn» hat die Vorsteherin des EJPD, Bundesrätin Elisabeth Kopp, zahlreiche Fragen zu aktuellen Sachfragen in ihrem Departement beantwortet. Sie hat auch zu den Spekulationen um einen Departementswechsel Stellung bezogen und sich zu den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober geäussert:



Frau Bundesrätin Kopp: Vorweg die im jetzigen Zeitpunkt heisse Frage: Bleiben Sie im EJPD?

Das wird sich im Dezember entscheiden. Die Antwort hängt von der neuen Zusammensetzung des Bundesrates ab. Im übrigen hat sich mein Verhältnis zum Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) im Vergleich zum letzten Jahr, als ein Wechsel ins Eidgenössische Departement des Innern (EDI) zur Diskussion stand, nicht verändert. Ich bin gern im EJPD. Die Arbeit im EJPD ist derart abwechslungsreich und vielgestaltig, dass ich auch nach drei Jahren noch keine Sekunde Langeweile oder Überdross spüren würde. Dafür sorgen neben den Alltagsgeschäften auch grosse Ziele, wie zum Beispiel die Totalrevision der Bundesverfassung. Genau wie im EDI gibt es aber auch in andern Departementen Aufgaben zu lösen, die mich herausfordern würden, Aufgaben, die für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung sein werden.

Aber ist das Flüchtlingsproblem nicht unheimlich belastend?

Doch, aber das ist noch lange kein Grund für einen Departementswechsel. Zudem wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Probleme einer Lösung entgegengeführt. Peter Arbenz als Delegierter für das Flüchtlingswesen ist mir eine grosse Unterstützung. Es würde auch der Problemlösung wenig dienen, wenn meine ganze Arbeitstätigkeit angesichts der Tragik der Einzelfälle und der weltweiten Dimension der Flüchtlingsfrage ausschliesslich im Zeichen von Mutlosigkeit

und Traurigkeit stünde. Das könnte niemand aushalten. Es gibt schliesslich auch immer wieder Fälle, die erfolgreich enden. Es kehren Familien wieder in ihre Heimat zurück, andere finden bei uns eine neue Heimat. Das muss man bei allen Problemen, vor die uns die neuankommenden Asylsuchenden stellen, auch einmal sehen.

Bleibt das Asylproblem also ein Dauerbrenner?

Weltweit gesehen leider ja, innenpolitisch sollte nach der Verabschiedung der neuen Asylverordnungen etwas Ruhe einkehren. Das Problem an sich wird uns aber noch lange beschäftigen. Wir haben im Vorfeld der Abstimmung über das neue Asylgesetz immer wieder betont, dass wir das Problem an der Wurzel anpacken müssen, dass Lösungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge ansetzen müssen. Doch diese Arbeiten erfordern von allen Seiten viel Geduld.

In einem Gespräch mit dem «Freisinn» vor zwei Jahren haben Sie eine Reihe von gewichtigen Geschäften erwähnt. Sind diese in der Zwischenzeit in eine entscheidende Phase gekommen?

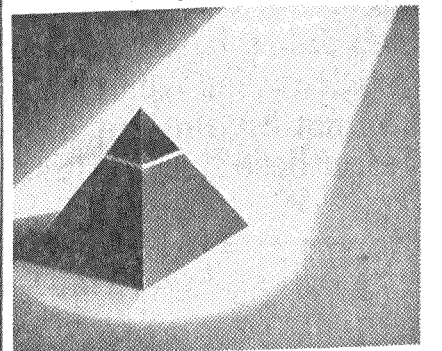
Und wie, entweder stehen sie kurz davor, oder sie befinden sich bereits im Stadium der parlamentarischen Beratung. Die Revision des Strafgesetzbuches betreffend Leib und Leben, Sittlichkeit und Familie kommt im Herbst in den Nationalrat. Auch dann wird es wie schon im Ständerat heisse Diskussionen über die Herabset-

Fortsetzung auf Seite 6



Zum bereits zur Tradition gewordenen Wahlaufakt-Gespräch lud der Schweizerische Freisinnig-Demokratische Presseverband ein. Daran beteiligten sich (v. l. n. r.): NA-Zentralpräsident Landrat Rudolf Keller BL, FDP-Präsident Nationalrat Bruno Hunziker AG, Nationalrat Daniel Brélaz VD von der Grünen Partei der Schweiz, CVP-Präsidentin Nationalrätin Eva Segmüller SG, Gesprächsleiter Rudolf Gerber (Chefredaktor «Der Landbote», Winterthur), SP-Präsident Nationalrat Helmut Hubacher BS, SVP-Präsident Adolf Ogi BE sowie der Präsident der Liberalen, Nationalrat Gilbert Coutau GE. (Photo rutli)

SKA-Anlage-Service plus



Der SKA-Anlage-Service plus präsentiert sich mit immer neuen Spitzenleistungen.

SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA

Fortsetzung von Seite 1

Massstäbe in unserer Gesellschaft ist es zurückzuführen, dass bis heute alle Versuche gescheitert sind, das Problem des erlaubten und verbotenen Schwangerschaftsabbruchs zu «lösen». Der Schreibende war jahrelang Berichterstatter an Strafgerichten und hat dabei das Schicksal von «Muss-Kindern» verfolgt, die in eine lieblose Gesellschaft geboren wurden und als Gezeichnete und Ausgestossene gescheitert sind. Er hat sich später für die «Fristenlösung» eingesetzt, in der Meinung, es sei dem freien Gewissensentscheid der Schwangeren und ihrer Nächsten zu überlassen, ob die Leibesfrucht ausgetragen werden soll oder nicht. Dagegen sprechen gewichtige ethische Überlegungen, die zu achten sind, ganz abgesehen von der Problematik einer gesetzlich festgelegten Frist.

Der syphilitisch geborene Beethoven wäre wohl nicht auf die Welt gekommen, hätte seine Mutter 200 Jahre später in Basel gelebt, und die Menschheit wäre um den Reichtum seiner Musik ärmer. Kein Gesetz wird die Skrupel zerstreuen können, die von fundamentalistischen evangelischen Kirchen oder von gläubigen katholischen Ärzten gegen die staatliche Sanktionierung der Tötung eines werdenden Menschen vorgebracht werden. Solange es Zweifel und Gewissen gibt, wird auch hier der Staat mit seiner Rechtsetzung nicht zu Ranke kommen.

Vollzugskrise eines Gesetzes

Das Asylgesetz von 1977 räumt dem Flüchtling das Recht auf Asyl in der Schweiz ein, wenn er seiner «Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner politischen Anschauung» wegen «ernsthaften Nachteilen ausgesetzt» ist oder «begründete Furcht» hat, solchen Nachteilen ausgesetzt zu werden. Wir dachten bei der Schaffung des Gesetzes an die im Zweiten Weltkrieg verfolgten und an der Schweizer Grenze zurückgewiesenen Juden, an Flüchtlinge aus Ungarn oder der Tschechoslowakei, aus Chile oder anderen diktatorisch geführten Staaten, nicht aber an ganze Volksgruppen, die wirtschaftlicher Not, herrschenden Terrors oder eines Bürgerkrieges wegen ihr Land verlassen würden.

Die Interpellation des Begriffs «Flüchtling» macht uns heute zu schaffen. Legen wir ihn weiterhin aus, müssen wir Zehntausende aufnehmen, und noch mehr würden nachfolgen. Legen wir aber einen strengen Massstab an, schicken wir möglicherweise – wie während des letzten Weltkrieges – Menschen in den Tod.

Nicht nur die Zahl, offensichtlich auch verschiedene Rassen, Hautfarbe, Sprache, Religion, Kultur, politische Einstellung, Integrationsmöglichkeit und -wille der Asylsuchenden sowie andere Faktoren erschweren den Vollzug des Gesetzes, nicht zuletzt innenpolitische Widerstände aus ent-

gensetzten Lagern. Mit der kürzlich vom Volk gutgeheissenen Revision werde das Asylproblem «gelöst», wurde gesagt. Mitnichten! Es erleichtert etwa den Vollzug, aber es erlöst uns nicht von der offensichtlichen Gratwanderung, auf der wir uns auch hier – in gleicher Weise wie bei der Waffenausfuhr – befinden.

Vier Beispiele nur. Es gibt weitere und eben die Erkenntnis, dass wir nicht alles «lösen» können. Politisch hat dies den Nachteil – oder Vorteil, wie man will –, dass jedermann (und jederfrau) behaupten kann, er wisse die richtige Lösung. Ist diese von persönlicher Überzeugung, von der eigenen Moral und dem eigenen Gewissen geprägt, so ist sie glaubhaft und subjektiv auch richtig. Aber sie stösst sich an anderen, ebenfalls glaubhaften und «richtigen» Überzeugungen. Lösen können wir diese Konflikte nicht. Aber wir sollten ihnen mit etwas mehr Toleranz begegnen.

Mit Hunden und Katzen Fleischberg abbauen?

Inländisches statt ausländisches Futter verwenden

Der einheimische Fleischberg soll abgebaut werden, indem nicht mehr uneingeschränkt Hunde- und Katzenfutter in Dosen eingeführt werden kann, sondern als Tierfutter geeignetes Inlandfleisch verwendet wird. Dies schlagen in gleichlautenden Postulaten Ständerat Max Affolter (SO) und Nationalrat Paul Wyss (BS) vor. Die beiden freisinnigen Parlamentarier erwarten von einem solchen Schritt eine «erhebliche» Entlastung des schweizerischen Fleischmarktes und so eine «willkommene» Reduktion der inländischen Fleischüberschüsse.

Gemäss Zollstatistik wurden im vergangenen Jahr beinahe 50 000 Tonnen Hunde- und Katzenfutter in Dosen im Werte von über 80 Millionen Franken importiert. Auf Grund der grossen schweizerischen Fleischüberschüsse drängt sich nach Ansicht der beiden freisinnigen Parlamentarier auf, diese Einfuhren, die mengenmässig nicht beschränkt und keinen Preiszuschlägen an der Grenze unterworfen sind, mit Auflagen zu verbinden. Danach wäre zum Importanteil eine anteilmässige Übernahme der gleichwertigen Inlandware vorzuschreiben.

In der Begründung des Vorstosses wird die gegenwärtige Situation als grotesk bezeichnet: Zum einen müsse tonnenweise einheimisches Überschussfleisch in Kühlhäusern gelagert und zu spottbilligen Preisen exportiert werden, während andererseits gleichzeitig dieses billig ausgeführte Fleisch teilweise als Hunde- und Katzenfutter ohne jegliche Auflage wieder importiert werde.

Unzutreffende Kollektivschuldthesen im Nord-Süd-Dialog

Verideologisierte Entwicklungspolitik

Der Begriff des Nord-Süd-Dialogs stammt aus den siebziger Jahren. Er bezeichnet weltweite Anstrengungen zur Verminderung des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen der reichen nördlichen und der armen südlichen Hälfte der Erde. Darauf geht nachstehender Beitrag ein:

Die mit diesem Dialog verbundenen Hoffnungen haben sich bisher nur dürftig erfüllt. In den Vordergrund ist das Verschuldungsproblem getreten. Zu den komplexen Faktoren, die dazu beigetragen haben, gehören gewichtige entwicklungspolitische Irrtümer.

Kooperation und Konfrontation in der Unctad

Lange hatte man dem Nord-Süd-Dialog immerhin das Verdienst zugeschrieben, Konfrontation abgebaut und Kooperation aufgebaut zu haben. Die Weltgemeinschaft suchte sich zu diesem Zweck mit geeigneten Einrichtungen auszustatten. Unter diesen ist vor allem die Unctad (Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung) mit einem permanenten Sekretariat in Genf von Belang. Dort hat in diesem Juli auch eine neue mehrwöchige Session stattgefunden, genannt Unctad VII. Sie bemühte sich, ihre Beratungen auf eine ausgewählte Zahl konkreter Probleme handels-, finanz-, währungs- und rohstoffpolitischer Art zu konzentrieren. Dennoch vermochte sie sachwidrigen pauschalen Werturteilen nicht auszuweichen. Vor allem war es die sogenannte «Gruppe der 77», welche die Gesamtheit der Entwicklungsländer zusammenfasst, die ihre mannigfaltigen inneren Gegensätze glaubte dadurch überbrücken zu können, dass sie die Industrieländer einseitig und undifferenziert für alle Nöte der Dritten Welt verantwortlich machte.

Eigenverantwortung unerlässlich

Aus solchen Kollektivschuldthesen lassen sich indessen keine operationalen Strategien für eine zielgerichtete Entwicklungspolitik gewinnen. Kundige Beobachter haben vielmehr immer wieder darauf hingewiesen, dass ohne ein ausreichendes Mass an Eigenverantwortung und ordnungspolitischer Konsequenz der Entwicklungsrückstand in der Dritten Welt nicht zu vermindern sein wird. Dem von Bundesrat Delamuraz an der Unctad VII vorgebrachten Hinweis auf die Bedeu-

tung privater Investitionen aus den Industriestaaten in den Entwicklungsländern lässt sich in diesem Sinn beifügen, dass der nord-südliche Kapitalfluss durch die Verlässlichkeit marktwirtschaftlicher Ordnungen und eigentumsrechtlicher Sicherheiten in den Bestimmungsländern begünstigt werden muss. Der Schweiz ist es immerhin über die Jahre hinweg gelungen, mit zahlreichen Entwicklungsländern Investitionsschutzabkommen abzuschliessen.

Überlegenheit privater Leistungen

Im übrigen nimmt die Zahl der Belege für die in der Regel höhere Wirksamkeit privater gegenüber staatlicher Entwicklungshilfeleistungen zu. Beachtung verdient in diesem Zusammenhang eine ausführliche Studie des schweizerischen Entwicklungsexperten Toni Hagen, der jahrzehntlang an der «Front» tätig gewesen ist. Neuerdings hat er nicht weniger als 230 einzelne Entwicklungsprojekte, die er während 35 Jahren alle persönlich evaluierte, unter die Lupe genommen. Die Resultate präsentierte er in einer Gastvorlesung an der ETH Zürich. Zu den ausschlaggebenden Befunden gehört, summarisch festgehalten, die Erkenntnis, dass Projekte der Wirtschaft und privater Hilfswerke in aller Regel erfolgreicher sind als solche internationaler Organisationen oder solche von Staat zu Staat. Unter den letzteren war sogar eine beträchtliche Zahl wirkungsloser oder selbst schädlicher Vorhaben zu finden.

Entscheidend ins Gewicht fällt ferner die Äusserung Hagens, es sei auf positive wirtschaftliche und soziale Effekte von Entwicklungsprojekten nur dann Verlass, wenn die Empfängerländer zu deren Finanzierung namhafte eigene Beiträge leisteten. Andernfalls droht nämlich, verstärkt durch eine Art politisch motivierten «Mittelabflusszwangs», blosser Geldtransfer einzutreten, der entweder versandet oder aber in den Drittweltländern vor allem in den Schatullen privilegierter Kreise verschwindet, ohne zu den wirklich bedürftigen Bevölkerungsschichten durchzudringen.

Von Tag zu Tag



Zustimmung zur Fremdarbeiterregelung

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) stimmt der vorgeschlagenen Teilrevision der Fremdarbeiterregelung für die Periode 1987/88 zu. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort hervorhebt, anerkennt sie die Bemühungen der zuständigen Instanzen zu einem pragmatischen Vorgehen bei der Lösung der Schwierigkeiten beim Übergang von der früheren zur geltenden Rechtsordnung. Sie befürwortet die vom Bundesrat eingeschlagene Politik der Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung.

Zu Besorgnis Anlass gibt der FDP die Problematik Ausländerpolitik/Asylpolitik. Die Zielsetzungen der Fremdarbeiterregelung und der Asylpolitik dürfen ihres Erachtens nicht verwischt werden. Sie verlangt, dass die Asyl- und Ausländerpolitik strikte getrennt bleiben, um nicht den Eindruck zu erwecken, Asylvorschriften könnten mit dem Instrumentarium der ordentlichen Fremdarbeiterpolitik umgangen werden.

Nach Meinung der Partei hätten in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage wohl selten zureichende Argumente für eine Erhöhung der verschiedenen Kontingenzahlen geltend gemacht werden können. Mit Rücksicht auf die Stabilisierungspolitik hat die FDP Verständnis dafür, dass der Bundesrat keine Aufstockung vorsieht. Sie vermerkt in ihrer Stellungnahme jedoch, dass eine gänzliche Freigabe des Biga-Kontingentes ernstlich erwogen werden sollte, da ein solcher Schritt ein Beitrag zur Behebung der bestehenden Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen in gewissen Sektoren mit fachlich qualifizierten ausländischen Arbeitskräften darstellen würde.

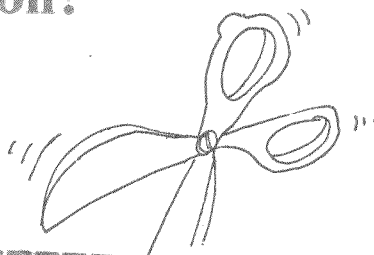
In ihrer Vernehmlassungsantwort weist die FDP zudem auf die Probleme beim Verteilschlüssel der Kontingente auf die Kantone hin. Ihrer Ansicht nach stellt sich angesichts des arbeitsmarktlichen Strukturwandels sowie der regional unterschiedlichen Personalengpässe früher oder später die Frage einer Neuordnung der kantonalen Kontingente. Die Partei erwartet im weiteren, dass die Frage der betrieblichen Saisondauer weiterhin in einem pragmatischen Sinn angegangen wird und die Bundesstellen entsprechenden Lösungen zwischen kantonalen Behörden sowie betroffenen Branchen und Betrieben keine administrativen Hindernisse in den Weg legen.

Ja zur Preisbekanntgabe- und Ausverkaufsverordnung

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) stimmt sowohl der Verordnung über die Bekanntgabe von Preisen als auch der Ausverkaufsverordnung zu. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Ausverkaufsverordnung festhält, begrüsst sie es, dass diese in vermehrtem Ausmass den Grundsatz von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr und den Schutz der Konsumenten vor Täuschung betont. Sie gibt gleichzeitig zu bedenken, dass der Entwurf gewisse Vorschriften enthält, die schwer kontrollierbar und deshalb auch schwer durchsetzbar sind. Insbesondere bemängelt sie die zahlreichen unbestimmten Rechtsbegriffe. Ein Fragezeichen setzt sie hinter die Bestimmungen über die Preisanschreibepflicht, welche bei einem Warenwert von über 15 000 Franken relativiert wird, um die Diebstahlsgefahr zu vermindern. Die FDP gibt diesbezüglich zu bedenken, dass Rechtsbrecher inskünftig wissen, dass jede nicht mit einem Preisschild versehene Ware den Wert von 15 000 Franken übersteigt. Sie regt deshalb an, die Herabsetzung dieser Grössenordnung zu prüfen.

Haben Sie ihn schon?

Den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Wenn nicht, können Sie ihn mit diesem Talon bestellen. Gratis.



Senden Sie mit bitte den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Gratis.

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Wohnort

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.



Freisinnige Nationalräte an der Arbeit (v. l. n. r.): Titus Giger (St. Gallen), Ernst Cincera (Zürich), Christian Wanner (Solothurn), Vreni Spoerry-Toneatti (Zürich), Richard Reich (Zürich), Ulrich Ammann (Bern) sowie stehend Karl Tschuppert (Luzern). In der hinteren Reihe sind links zwei weitere freisinnige Volksvertreter zu erkennen: Willy Pfund (Solothurn) und Hans Georg Lächinger (Zürich). (Photo ruti)

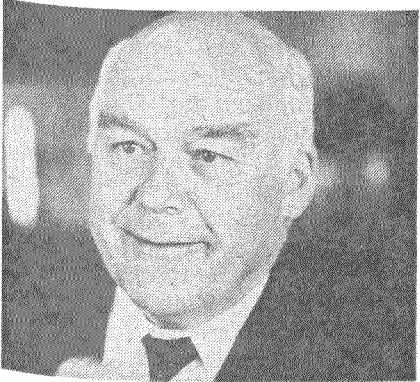
Interview mit dem FDP-Fraktionspräsidenten

Bremi: Zwischen ökologisch wirksam oder ideologisch nützlich

Umweltschutz ist eines der Hauptthemen des eidgenössischen Wahlherbstes. «Der Freisinn» hat deshalb dem Präsidenten der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung, Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH), einige Fragen gestellt:

Herr Nationalrat Bremi, sind Sie ein Grüner geworden?

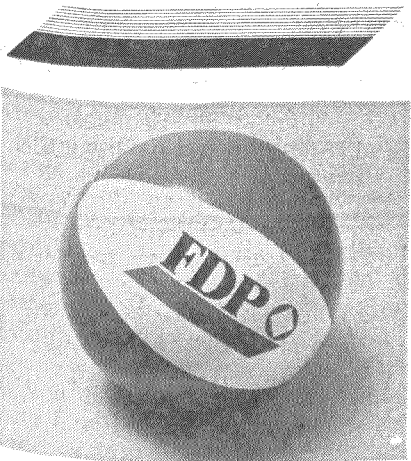
Nein. Wie ich sind viele Freisinnige keine Grünen der ersten Stunde gewesen. Persönlich wehre ich mich immer gegen eine



Politik der Schlagworte, die viel Unklares verspricht und wenig hält. Unsere freisinnige Aufgabe ist es, Mehrheiten für einen echten und wirkungsvollen Umweltschutz zu schaffen.

Wie sehen Sie die Position der FDP-Fraktion?

Wer in der Umweltschutzgesetzgebung Erfolge erringen will, braucht die Zustimmung von Mehrheiten. Die FDP als stärkste Fraktion der Bundesversammlung ist hierzu besonders aufgerufen. Wer die Leistung der FDP-Fraktion in der zu Ende gehenden Legislaturperiode beurteilen will, muss nicht nur parlamentari-



Sommer wird's

auch nach einem regnerischen Sommer mit dem FDP-Wasserball in den Farben Rot/Blau/Weiss und FDP-Aufdruck. Eignet sich auch als originelle Dekoration für Sommerfeste. Durchmesser aufgeblasen 55 cm. Preis Fr. 1.50.

Bitte senden Sie mir Stück Wasserbälle zum Preis von Fr. 1.50 (plus Porto und Verpackung).

Name:

Strasse:

PLZ, Ort:

Bitte einsenden an: Generalsekretariat FDP, Postfach 2642, 3001 Bern

sche Anträge zählen sowie in ihrer Aussagekraft unbrauchbare Tariflisten aufstellen, sondern die Leistungen auf Gehalt untersuchen und fragen, wieweit es gelungen ist, Mehrheiten zur Durchsetzung von guten Umweltpostulaten zu gewinnen. Die FDP-Fraktion sieht sich laufend vor die Frage gestellt, ob sie im Gesetzgebungsprozess nur recht haben, oder auch recht bekommen will.

Was wurde eigentlich geleistet?

Das bisher Erreichte in der Umweltpolitik wird grob unterschätzt. In Europa steht die Schweiz bei den Vorschriften bezüglich Wasser- und Luftreinhaltung in jeder Beziehung an der Spitze. Dies gilt sowohl für den Zeitpunkt der Inkraftsetzung als auch für die Rigorosität der Grenzwerte. Im übrigen haben wir von der Fraktion aus in Zusammenarbeit mit der Partei ein «Grünbuch» herausgegeben, das einen Überblick über das freisinnige Engagement im Umweltbereich enthält.

Aber noch sind nicht alle Probleme gelöst. Oder sind Sie anderer Meinung?

Ja, vorab in der Energieversorgung. Wir wissen wohl, welche Energien unseren Enkeln nicht zur Verfügung stehen, aber die Ratlosigkeit ist gewachsen, welche Energie ihnen zur Verfügung stehen soll. Sogar die Energieforschung wird aus Angst vor den Resultaten abgeblockt. Dafür wird in diffuser Form von noch nicht Bekanntem geschwärmt. Einziger Pluspunkt sind für mich im Energiebereich die Erfolge im Energiesparen.

Welche Forderungen stellen Sie auf?

Zuerst einmal geht es darum, die Grenzen der Umweltbelastung und der Ressourcenbeanspruchung festzulegen und das Instrumentarium zu schaffen, das deren Einhaltung garantiert. Umweltschützerisches Handeln muss sich aus liberaler Sicht an eindeu-



tig definierten ökologischen Zielsetzungen und nicht an irgendwelchen diffusen Ängsten orientieren.

Haben Sie Beispiele für diese Politik?

Es ist richtig, dass in der Schweiz nicht der Katalysator, sondern ein maximaler Schadstoffwert der Luft vorgeschrieben wird. Es ist falsch, wenn man den Lärm von Verkehrsflugzeugen mit höheren Landegebühren in den Griff zu bekommen sucht. Dann bezahlen Ostblockgesellschaften, wie dies der Fall ist, die Lärmabgaben anstandslos – und schicken

ihre lärmigen Maschinen in die Schweiz. Energieintensiv sind z. B. auch die Ziegeleien. Hier versprechen klare, möglichst tief festgesetzte Grenzwerte eine umweltgerechte Produktion, ganz sicher aber nicht Sonderabgaben auf Energie. Für beide Wege liegen im Parlament Anträge vor. In den nächsten Sessionen wird man sehen, welche Auffassung sich durchsetzen wird, die ökologisch wirksame oder die ideologisch nützliche.

Wie hält's die FDP mit Lenkungsabgaben?

Was uns Freisinnigen zu diesem Thema oft unterstellt wird, trifft nicht zu. Lenkungsabgaben müssen wirklich eine Lenkungs-funktion erfüllen. Das ist nur



denkbar, wenn sie aus dem Index der Konsumentenpreise ausgeklammert werden. Ausserdem dürfen sie keinen fiskal-politischen Zielsetzungen dienen. Bisher haben wir von den Grünen, der SP und dem Landesring kaum Signale aus dieser Richtung erhalten. Gerade an diesem Punkt werden wir die Ehrlichkeit von Vorstössen in Richtung Sonderabgaben zu messen wissen.

Finden die Freisinnigen mit ihrer Umweltpolitik Unterstützung bei anderen Parteien und in anderen Fraktionen?

Wer sich, wie wir, für klare Zielsetzungen engagiert, hat viele Weggefährten. Am meisten Sorgen machen mir aber die Verdränger, die bagatellisieren und die Umweltbedrohung verniedlichen. Deren Zahl ist aber im Abnehmen begriffen. Nicht gut zu leben ist mit den Verengern, die nur noch ökologisch in die Welt blicken und dafür auch demokratische Rechte preisgeben. Es gibt in unserem Land auch noch andere Werte, die zu erhalten sind. Ganz entschieden müssen wir uns gegen die «ökologische Diktatur» von Minderheiten zur Wehr setzen. Deshalb müssen gerade die Freisinnigen aufklärend wirken und im Volk Mehrheiten für den Umweltschutz schaffen. Das oft geforderte «Alles» und «Sofort» im Umweltschutz ist auch eine Frage des Demokratieverständnisses. In der FDP-Fraktion – aber auch in der Partei; ich erinnere nur an das «Freisinnige Manifest zum Umweltschutz» – haben vertiefte Diskussionen zu klaren und formulierten Zielsetzungen geführt. Die Freisinnigen müssen sich daher nicht vorwerfen lassen, zu den Nachwarnern zu gehören.

Sind für Sie Marktwirtschaft und Umweltschutz Gegensätze?

Nein. Die noch gravierenderen Umweltprobleme in den Planwirtschaften Osteuropas sprechen da eine deutliche Sprache. Bei uns muss der Staat nur dort eingreifen, wo Leistungen vorgeschrieben werden müssen. Auf dem Gebiet des Umweltschutzes werden bei uns Innovationsanreize geschaffen, wie beispielsweise der Katalysator beweist. Der Markt

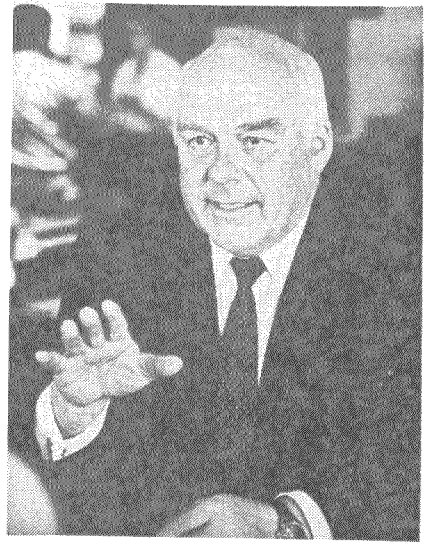
wirkt beschleunigend, wenn der Konsument ökologisch denkt. Ich darf zudem darauf hinweisen, dass die FDP der Schweiz ein Projekt in Auftrag gegeben hat, das marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz wissenschaftlich untersuchen und auf ihre Tauglichkeit hin überprüfen will. Erste Ergebnisse sollten nächstes Jahr vorliegen. Diesen sehe ich jedenfalls mit grossem Interesse entgegen.

Im Umweltbereich stellt sich auch immer die Frage des Vertrauens in die Technik. Wie halten Sie's damit?

In diesem Punkt habe ich in unser Wirtschaftssystem sehr viel Vertrauen: Mehr und mehr bietet eine bessere Technik die Chance, umweltverträglicher zu produzieren und zu wirtschaften. Nützen wir die Chancen!

Was erwarten Sie von Ihren Mitparlamentariern?

Vor allem Ehrlichkeit und Offenheit gegenüber den anstehenden Umweltproblemen. Die Umwelt wird ein zentrales Thema des bevorstehenden Wahlkampfes sein. Wir dürfen nicht in Hysterie fallen, sondern wollen deutlich machen, dass wir mit aller Kraft auf ein Ziel hinarbeiten, das nicht



leicht zu erreichen ist. Die Schweiz ist keine «Titanic», sondern immer noch für die meisten unter uns eine «Arche Noah». Gerade deshalb dürfen wir nicht den Eindruck erwecken, als wüssten wir alles, sondern wir räumen ein, dass es im Umgang mit der Natur Unsicherheiten bezüglich der Auswirkungen menschlichen Tuns gibt. Die FDP wird für das Projekt «Umwelt Schweiz» Mehrheiten finden, wie sie das mit dem Projekt «Bundeshaushalt Schweiz» versprochen und gehalten hat. (Photos ruti)

Dazu stehen wir

Grundsätze des modernen Liberalismus

Schwerpunkte freisinniger Politik

Zielsetzungen 87/91

Freisinnig-Demokratische Partei

«Dazu stehen wir» – die neue Broschüre der FDP der Schweiz ist erschienen. Sie enthält neben den «Grundsätzen des modernen Liberalismus», die am 30. April 1982 von der ordentlichen Delegiertenversammlung in Liestal verabschiedet wurden, die «Zielsetzungen 87/91», die an der ordentlichen Delegiertenversammlung dieses Jahres am 8./9. Mai in St. Gallen gutgeheissen wurden, sowie die Schwerpunkte freisinniger Politik», die auf den «Zielsetzungen 87/91» fussen.

Bitte senden Sie mir die Broschüre «Dazu stehen wir» zu. Gratis.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

Talon einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Name, Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Senden Sie mir die Broschüre
«Finanz- und steuerpolitische
Standortbestimmungen
der
FDP». Grátis.

Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern



Im Griff?

Geld muss zuerst erarbeitet werden, bevor es ausgegeben werden kann. Deshalb setzt sich die FDP für eine gesunde Finanz- und Steuerpolitik in Gemeinden, Kantonen und Bund ein. Die FDP will, dass mit unseren Steuergeldern häuslicher umgegangen wird und dass alle gerecht besteuert werden. Deshalb hat sie ihre Initiative für «ehe- und familiengerechtere Bundessteuern» eingereicht. Nein sagt die FDP gegenüber jenen, die immer mehr vom Staat fordern. Um die Steuern im Griff zu behalten.

Politik, die
Resultate bringt:

FDP

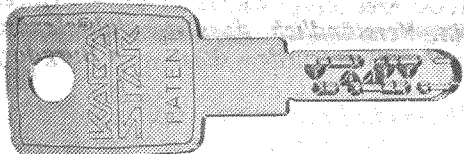
Freisinnig-Demokratische Partei

Knapp ein Viertel für Sozialversicherungen

Die Sozialversicherungen verzeichneten in der Schweiz im Jahre 1985 Einnahmen von insgesamt knapp 50,8 Mia. Fr. Gemäss der Zusammenstellung des Bundesamtes für Sozialversicherungen gehören dazu die AHV und die IV je inklusive der Ergänzungsleistungen, die berufliche Vorsorge (provisorisch geschätzte Angaben), die anerkannten Krankenkassen, die Unfallversicherung, die Militärversicherung, die Erwerbsersatzordnung, die Arbeitslosenversicherung, die Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer sowie die kantonalen Familienausgleichskassen. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) belief sich 1985 nominell auf knapp 227,8 Mia. Fr. Die Aufwendungen für die Sozialversicherungen beanspruchten somit 22,3% der gesamten Wirtschaftsleistung der Schweiz! Diese Gelder stammten zu 72,2% aus den Beiträgen der Versicherten und Arbeitgeber, zu 14,5% aus Zinsen und sonstigen Einnahmen und zu 13,3% von der öffentlichen Hand. Die Ausgaben der Sozialversicherungen beliefen sich dagegen «lediglich» auf 36,3 Mia. Fr. Die grosse Diskrepanz zu den Einnahmen erklärt sich aus der Kapitalbildung der einzelnen Sozialversicherungszweige.

EIN SCHUTZ, DER JEDEM ZUSTEHT.

Jeder Mensch lebt gerne in Sicherheit. Berechtigterweise. KABA kommt diesem Bedürfnis gleich doppelt entgegen. Erstens mit der neuartigen Zylinderpanzerung, die das Aufbohren, Abwürgen und Ausreissen des Schliesszylinders praktisch unmöglich macht. Und zweitens mit dem Schlüssel, der zur Panzerung passt: dem bewährten KABA STAR im neuen, funktionsgerechten Design. Sichern Sie sich Ihre Ruhe. Mit einem Schliess-System von KABA.



KABA

Der Schlüssel zu Ihrer Sicherheit.

Für detaillierte Informationen wenden Sie sich an Ihren Schloss-Spezialisten oder an die Bauer Kaba AG, Postfach, CH-8620 Wetzikon, Tel. 01/931 61 11, Telex 875 481, Telefax 01/931 63 85.

Beratung und Verkauf

Wir sind täglich im und am Liegenschaftsmarkt aktiv – profitieren Sie von unserer Erfahrung!

Mit uns über Liegenschaften reden lohnt sich

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

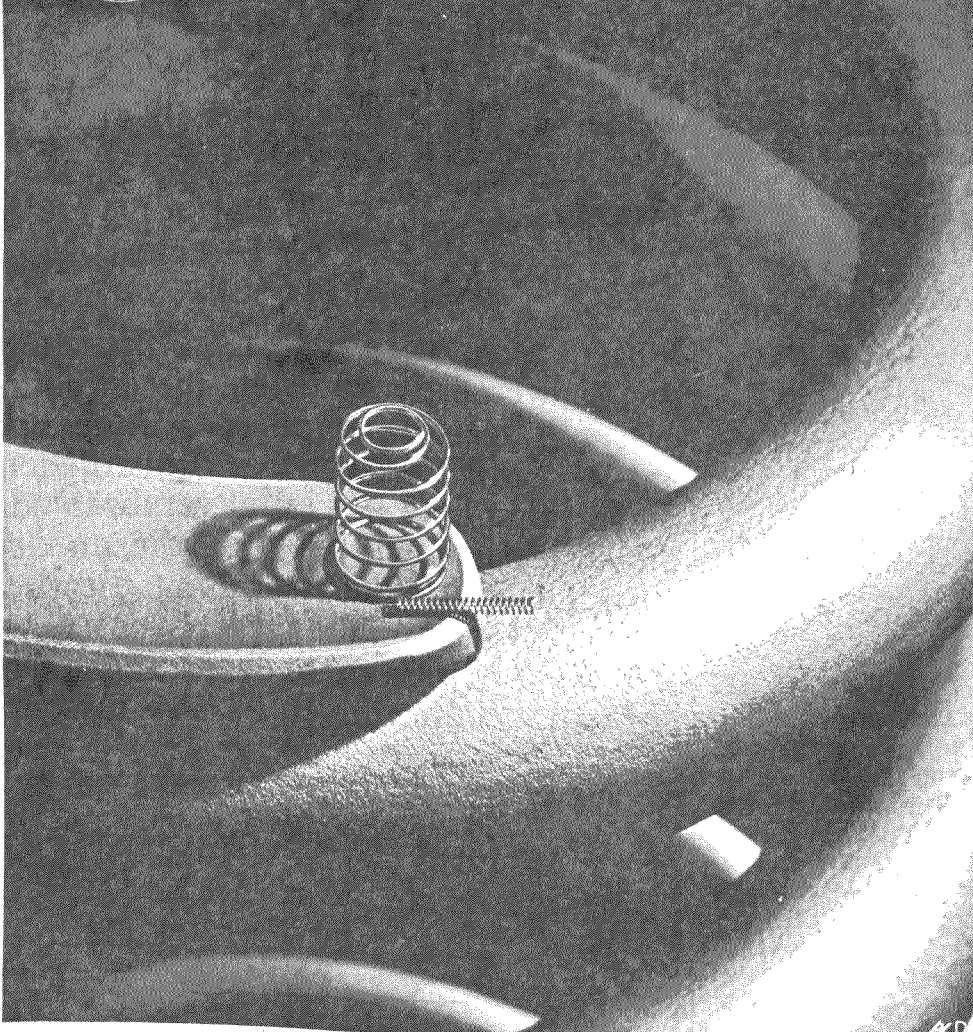
SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Telefon 01/316 13 33

FEDERN

In jeder Grösse
Für jede Verwendung

BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik
CH-8630 Rüti
Tel. 055/84 11 11

BAUMANN



SBG – für uns
schon lange
die erste Bank.



125 JAHRE SBG • LINGEL
VERTRAUEN HAT ZUKUNFT

SUBS Schweizerische Bankgesellschaft

Die Meinung von Bundesrat Delamuraz

**Ja zu unserem Staat,
Ja zu unserer Wirtschaft**

Sich zur freien Wirtschaft bekennen heisst den kämpferischen Einsatz und das Risiko wählen. Diese Ansicht vertritt der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz. Seine Begründung:



Dieses Engagement heisst, die schöpferischen Kräfte des Menschen freizusetzen und die Bewegung dem Beharren vorzuziehen. Das liegt auf der Hand. Dennoch sollte man sich von Zeit zu Zeit in Erinnerung rufen, was freie Wirtschaft wirklich bedeutet.

Sie bedeutet zunächst, dass Wagemut immer wieder über Routine triumphiert. Sie verlangt sodann Verantwortungsbewusstsein und Selbstdisziplin sowie den Willen, Halbheiten, technische Mängel und Verstösse gegen die Ethik zu verhindern und zu korrigieren.

Wir scheinen heute in der Schweiz hie und da unseren Gleichmut zu verlieren sowie ununterbrochen und in einer Atmosphäre des Jüngsten Gerichts zu Kreuzzügen aufzubrechen. Weltuntergangsstimmung lässt Leben – insbesondere wirtschaftliches Leben – nicht gedeihen. Und gemeinsamer Fortschritt lässt sich nicht erreichen durch Beharren auf absoluten Standpunkten und durch gegenseitige Verketerungen. Der Konsens seinerseits ist gewiss nicht telegen. Aber er ist konstruktiv und Garant für Kontinuität! Wir bedürfen seiner.

Wir brauchen einen starken Staat. Stark in jenen Aufgabenbereichen, die nur er allein übernehmen kann; stark auch dort, wo der Einsatz seiner hoheitlichen Befugnisse nötig ist und wo das öffentliche Interesse im Spiel ist. Aber der Staat muss nicht allgegenwärtig sein. Er hat wirtschaftliche Rahmenbedingungen festzusetzen, die es den privaten Unternehmungen erlauben, sich zu entfalten, getreu dem liberalen Gedankengut, auf das wir uns berufen; dies im Interesse von uns allen, unter anderem auch der Konsumenten. Der Staat soll sich also dort nicht einmischen, wo die private Initiative besser und billiger zum Ziele führt, soweit dabei das öffentliche Interesse nicht verletzt wird.

Der Staat soll seine Bürger auch nicht bemuttern, noch ihnen gegen ihren Willen das Glück aufdrängen. Auch ein starker

usw. Er muss aber auch seinen Teil dazu beitragen, sektorale oder regionale Ungleichgewichte zu mildern, soweit sie zu Konfliktherden führen. Er hat in solchen Fällen Anreize zu schaffen; er soll nicht zu künstlichen Massnahmen Zuflucht nehmen, die offensichtlich wirtschaftlichen Gegebenheiten zuwiderlaufen.

Ein starker, aber nicht interventionistischer Staat ist Garant für das wirksame Funktionieren einer freien Wirtschaft. Er bespricht sich mit den Wirtschaftspartnern, die Arbeitsplätze anbieten und nachfragen. Unser Staat ginge von falschen Voraussetzungen aus, wenn er den naiven Anspruch erheben würde, vom Elfenbeinturm von Bern aus das Wirtschaftsgeschehen steuern zu können.

Staat muss nicht überall gleichzeitig sein, gleichsam wie jemand, der auf allen Hochzeiten tanzt.

Ein starker Staat muss seinen Teil dazu beitragen, eine leistungsfähige Infrastruktur zu gewährleisten; Unterrichtswesen, Bildung, Transportwege, Energie

Parteipräsident Hunziker: «Freisinn für konstruktive Lösungen im Umweltbereich»

«Grünbuch» der FDP der Schweiz

Wenn die Schweiz im Umweltbereich in Europa heute einen (wenn nicht gar den) Spitzenplatz einnimmt, so ist dies auch freisinnigem Engagement zuzuschreiben. Dies wird mit dem von der FDP der Schweiz eben veröffentlichten «Grünbuch» dokumentiert. Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau), Präsident der FDP der Schweiz, leitet dieses «Grünbuch» mit folgendem Vorwort ein:

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Auch wir Freisinnigen sind damit konfrontiert, und wir wollen weiterhin konstruktiv zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen. Noch sind wir nicht am Ziel, noch braucht es weitere Erkenntnisse und Anstrengungen, wenn unsere Zivilisation auf einen Entwicklungspfad einschwenken soll, der langfristig umweltverträglich erscheint. Aber wir sind unterwegs, haben Etappenziele erreicht. Dies zu leugnen, widerspricht den Tatsachen und bringt uns keinen Schritt weiter.

Wir haben jetzt genug Feuerwerke mit stets neuen und oft zu wenig durchdachten Forderungen gesehen. Was wir nun brauchen, ist eine Standortbestimmung als Grundlage für die Überprüfung der Ziele, für eine Erfolgskontrolle und für die Konzentration auf den wirksamen Vollzug. Auf dieses Ziel ist das «Grünbuch» ausgerichtet. Es ist strikte beschränkt auf die Vermittlung von Fakten und Zahlen, die nach einschichtigen Kriterien geordnet sind und die Beurteilung ganz dem Leser überlassen.

Wo die Freisinnigen heute gangbare Wege zur Verbesserung des Umweltschutzes sehen, ist im «Freisinnigen Manifest zum Umweltschutz» festgehalten. Dieses ist das Ergebnis eines breit abgestützten innerparteilichen Meinungsbildungsprozesses und wurde an zwei Delegiertenversammlungen bereinigt. Im übrigen zeigt das «Grünbuch», dass im Umweltschutz nicht, wie immer wieder behauptet wird, nichts oder fast nichts geschieht. In groben Zügen wird der zurückgelegte Weg ausgemessen. Schliesslich finden sich Angaben über das freisinnige Engagement in der Umweltpolitik, wie es sich beispielsweise in den parlamentarischen Vorstössen spiegelt.

Eine solche Standortbestimmung ergibt folgendes Fazit:



Wenn die Schweiz heute in bezug auf den Umweltschutz international eine Spitzenposition einnimmt, so ist dies die Leistung unserer mehrheitlich bürgerlichen Gesellschaft. Was wir erreicht haben, haben wir in einem vom Bürgertum geprägten Staaten mit einer leistungsfähigen Marktwirtschaft erreicht. Wir Freisinnigen gehörten nicht unbedingt zu den lautesten, wenn es ums Forderung ging, aber wir haben bei der Realisierung massgeblich mitgewirkt. Wir haben im Bewusstsein gehandelt, dass eine langfristig tragbare Umweltpolitik nicht auf Hektik und vom Zaune gerissenen, vielleicht im Augenblick populären Massnahmen beruhen kann. Wir müssen, um sinnvolle Entscheide treffen zu können, den Blick aufs Ganze richten, aus einem zeitgemässen, vernetzten Denken heraus die ökologischen Belange stets im Zusammenhang mit den gesellschaftspolitischen und den wirtschaftlichen sehen. Umweltpolitik, so wichtig sie auch ist, kann nicht isoliert, mit dem Anspruch auf absolute Priorität betrieben werden. Sie ist vielmehr einzubetten in unsere Wertordnung, die allerdings, damit sie zeitgemäss und verteidigungswürdig bleibt, weiterhin für den Wandel – auch für den ökologisch bedingten oder mitbedingten – offen sein muss.

Aufruf

zur Teilnahme an der
Wahlkundgebung

der Freisinnig-
Demokratischen Partei
der Schweiz (FDP)

am 12. September
in Aarau

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Parteifreunde

Nach einem längeren Unterbruch führte die FDP der Schweiz 1979 im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen wieder einmal eine nationale Manifestation durch. Die damals Verantwortlichen waren skeptisch, ob die Freisinnigen den Weg nach Brunnen SZ finden würden. Doch ihre Zweifel waren unbegründet: Gegen 1000 Freisinnige aus der ganzen Schweiz fanden sich in der Urschweiz ein. Verständlich, dass vier Jahre später erneut eine Wahlkundgebung durchgeführt wurde – diesmal in Burgdorf. Und wiederum mit Erfolg!

Wir stehen, was wir Ihnen ja kaum in Erinnerung zu rufen brauchen, in einem eidgenössischen Wahljahr. An einer nationalen Wahlkundgebung will die FDP der Schweiz am 12. September im zentral gelegenen Aarau ihre Geschlossenheit und ihre positive Einstellung zur Schweiz manifestieren. Jedes Parteimitglied ist herzlich eingeladen! Bezeugen Sie mit Ihrer Teilnahme, dass die Freisinnigen aktiv an unserem Staat mitarbeiten und die Zukunft für alle freiheitlich gestalten wollen.

Kommen Sie nach Aarau mit Ihren Angehörigen und Ihren Freunden. Zeigen Sie mit uns der schweizerischen Öffentlichkeit, dass die liberalen Kräfte in diesem Lande noch lebendig sind und dass es die grosse schweizerische FDP-Familie tatsächlich gibt.

Wir freuen uns heute schon darauf, Sie in Aarau unter uns begrüssen zu dürfen.

FREISINNIG-DEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Der Präsident:

Der Generalsekretär:

B. Hunziker

H. R. Leuenberger

B. Hunziker

H. R. Leuenberger

Programm

- ab 9.30 Ankunft der Züge in Aarau
- 9.30/9.45 Abfahrt Extrabus ab Parkplatz Schachen (neben Sporthalle) zum Bahnhof Aarau
- Besammlung auf dem Bahnhofplatz Aarau
- 10.00 Umzug durch Aarau zur Sporthalle Schachen
- 10.45 Politische Manifestation
- Begrüssung durch Parteipräsident Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (AG)
- Kurzreferate von Bundesrätin Elisabeth Kopp und Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz
- Statements zu den Schwerpunkten freisinniger Politik von Ständerat Robert Ducret (GE), Nationalrat Massimo Pini (TI) sowie Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi (ZH)
- 12.30 Apéro und Mittagessen
- ab 14.00 Unterhaltungsprogramm für gross und klein mit verschiedenen Musikgruppen
- Tanz
- Freier Ausklang
- Günstige Rückfahrmöglichkeiten dank Taktfahrplan in alle Richtungen. Ab 15.30 regelmässiger Extrabus ab Sporthalle Schachen zum Bahnhof Aarau.

Ja, wir kommen am 12. September auch nach Aarau

Wir sind ____ Erwachsene und ____ Kinder.

- Wir benützen die Bahn
 - Wir fahren mit dem Auto
- (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Name, Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte Talon raschmöglichst einsenden an das FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern. Danke.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

Bitte senden Sie mir

..... Exemplare «Grünbuch» (à Fr. 15.—)

..... Exemplare «Freisinniges Manifest zum Umweltschutz» (gratis)

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Fortsetzung von Seite 1

zung des Schutzalters und die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe ergeben, während das Verbot der Brutalo-Videofilme wahrscheinlich kaum auf grossen Widerstand stossen wird.

Was gibt's Neues auf dieser Liste?

... als eine der schwierigeren Aufgaben die Revision des Raumplanungsgesetzes. Unter der Leitung von Ständerat Rico Jagmetti versucht zurzeit eine Expertenkommission alle sich auf dem Gebiete der Bodennutzung zum Teil stark widersprechenden Interessen unter einen Hut zu bringen und eine konsensfähige Vorlage auszuarbeiten. Ein weiteres Ziel ist der Abbau der bekannten Vollzugsprobleme.

Und das Datenschutzgesetz?

Ein guter und auch in der Praxis der Wirtschaft brauchbarer Gesetzesentwurf liegt nun auf meinem Schreibtisch. Ich glaube, als griffiges und zugleich offenes Rahmengesetz trägt der Entwurf der rasanten Entwicklung auf dem EDV-Sektor genauso wie dem gewachsenen Datenschutzbedürfnis im Privatbereich Rechnung. Wir sind nun an der Ausarbeitung einer Botschaft.

In der Bodenpolitik würden, so haben Sie kürzlich in einem Referat bemerkt, bereits heute die Messer gewetzt.

Es gibt kaum ein anderes Gebiet, das so viele gegensätzliche Interessen vereinigt. Die Vernehmlassung zum Vorentwurf eines neuen bäuerlichen Bodenrechts ist ein Spiegelbild dieses Tauziehens. Wollen wir den Selbstbewirtschaftler schützen, finden sich wieder andere in ihren Eigentumsrechten beschnitten. Und ich habe mir sagen lassen, dass auch bei der Vorbereitung der freisinnigen Stellungnahme die Ansichten auseinandergingen.

Haben Sie Furcht vor einer partei-internen Auseinandersetzung?

Jein. Wenn mit fairen und sachlichen Argumenten gekämpft wird, dann freue ich mich auf die Herausforderung. Wenn man sich für Gesetzesvorlage einsetzt, die für eine unsere Landwirtschaft und, ich möchte sagen, auch für die Schweiz von grosser Bedeutung ist, dann wäre man schon



nicht unglücklich über eine so vorbehaltlose Unterstützung in den eigenen Reihen, wie ich das bei der Revision des Asylgesetzes erleben durfte.

Sie sind mutig. Wollen Sie sich mit den strengsten Abgasnormen Europas einen ersten Preis verdienen?

Sie spielen auf die verschärften Normen für Dieselmotoren und Motorräder an. Seien wir einmal realistisch. Es gibt in unserer Umwelt Bedrohungen, ich denke an die löchrige Ozonschicht und die Klimaveränderungen, die wir nur in internationaler Zusammenarbeit angehen können. Schärfere Abgasnormen sind hingegen ein Mittel, mindestens die hausgemachten Schadstoffemissionen zu reduzieren. Das ist mein Ziel. Zudem besteht die berechtigte Hoffnung, dass andere Länder nachziehen werden. Dass gegen jede Verschärfung von Normen Kritik laut wird, das ist doch nur normal. Später kann es wieder anders aussehen. Das Autogewerbe hat, so scheint es mir, mit

dem Katalysator keinen schlechten Schnitt gemacht.

1987 ist nicht nur ein Wahljahr. Es ist auch ein Jahr der Programme und Thesen. Konsultieren Sie die

FDP-Zielsetzungen, bevor Sie wichtige Entscheidungen treffen?

Unter dem Kopfkissen liegt das Parteiprogramm zwar nicht, im Büro jedoch in Reichweite. Überhaupt, das Programm dient mir mehr, als Sie glauben. In Einzelfragen ist man ab und zu froh, schnell nachschlagen zu können, was die Partei dazu meint.

Und die Demokratiethesen des staatspolitischen Ausschusses der FDP der Schweiz sind bei Ihnen wohl auf fruchtbaren Boden gefallen.

Sehr, und ich bin auch froh über diese Vordenker in unserer Partei. Ein ähnlich grundsätzliches Papier wurde ja kürzlich zur Landwirtschaftspolitik ausgearbeitet. Wichtig wäre nun, dass diese Diskussion um eine Ausweitung der Mitsprache der Bürger weitergeführt wird, in den Kantonalparteien und den Ortsgruppen. Dazu braucht es aber einen Motor in der Parteileitung, der sich für die Grundlagenarbeit einsetzt.

Verschiedentlich haben Sie sich in letzter Zeit mit der Zukunft auseinandergesetzt. Ist diese zu Ihrem Lieblingsthema geworden?

Natürlich. In diesem Amt kommt man von selber darauf. Die ganze Arbeit ist vorwärtsgerichtet. Das Angebot an Informationen scheint manchmal fast grenzenlos zu sein. Man erkennt neue Dimensionen, spürt aber auch, wie sehr wir bei der Gestaltung unseres Weges in die Zu-

kunft aufeinander angewiesen sind und wie gross das Mass an Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen sein muss, wenn wir unsere Zukunft gestalten wollen und nicht einfach nur noch einmal davonkommen wollen.

Wagen Sie eine Wahlprognose für den Herbst?

Sie fragen wohl, wer zugunsten der Grünen Haare lassen muss. Ich bin auch gespannt, dies zu erfahren. Ich glaube jedoch nicht, dass diesen Gruppierungen der Erfolg so leicht in den Schoss fallen wird. Die Wähler hatten in der Zwischenzeit Gelegenheit, die Grünen bei ihrer Tätigkeit in kommunalen und kantonalen Parlamenten zu beobachten. Sie haben vielleicht bemerkt, dass diese auch nur mit Wasser kochen. Der Umweltschutz lässt sich leider nicht mit dem Einlegen grüner Wahllisten abhaken. Da muss jeder selber etwas dazu beitragen. Dass sich jedoch einige unserer freisinnigen Politiker vermehrt – auf ihre Weise – mit ökologischen Fragen beschäftigen und dies hoffentlich auch nach den Wahlen noch so halten werden, das freut mich natürlich schon. Etwas unbescheiden erfüllt es mich mit Befriedigung, dass man hier etwas vorspuren durfte. Es lässt auch hoffen, dass dieses grosse Zukunftsproblem professionell und mit dem nötigen Mass für das Machbare angepackt wird. (Photo ruti)

Dauerbrenner von La Paz.



Die Cigarre, die schon beim Anzünden ihr volles Aroma entfaltet. Das ist die authentische Wilde Havana von La Paz. Ständig kopiert, doch nie erreicht.

Das Büschel am Brandende, das ehrlich sein Inneres nach aussen kehrt, zeigt die wilde Kraft der ausbalancierten Mélange aus mehr als 20 Tabaksorten der berühmtesten Provenienzen der Welt. Umwickelt mit einem Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe garantiert. Und einem Deckblatt von unverfälschter Natürlichkeit.

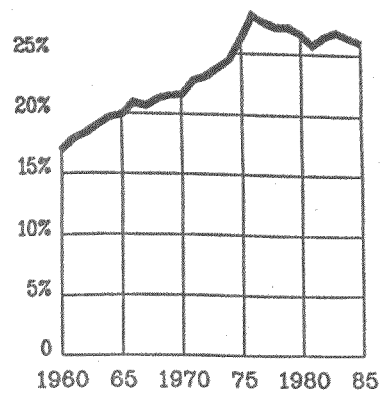
Wilde Havana von La Paz. Aus Tabak. Mehr nicht.

Cigarros Autenticos.

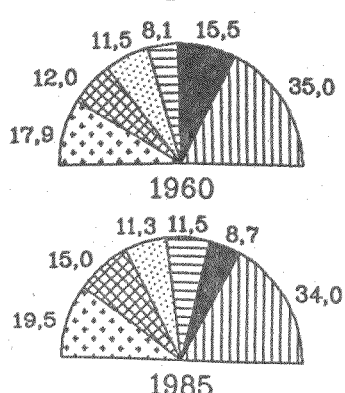
Wieviel gibt der Staat aus und wofür?

Ausgaben der öffentlichen Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden (ohne öffentliche Anstalten/Betriebe und Sozialversicherungen)

Anteil am Bruttosozialprodukt



Aufteilung in %



Unterricht u. Forschung
 Verkehr und Energie
 Landesverteidigung

Soziale Wohlfahrt
 Gesundheitswesen
 Uebrige

Von 1960 bis 1985 haben die Ausgaben der öffentlichen Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden, gemessen am Bruttosozialprodukt, um über die Hälfte auf 26% zugenommen. Ihren Höchststand erreichte diese sogenannte Nettostaatsquote allerdings im Krisenjahr 1976 mit 28,2%. Bezieht man nicht nur die Ausgaben der öffentlichen Verwaltungen – sie bezifferten sich 1985 auf 62,77 Mia. Fr. –, sondern auch noch jene der staatlichen Anstalten und Betriebe sowie der Sozialversicherungen mit ein, so erhält man für 1985 ein Ausgaben volumen von rund 95 Mia. Fr. und damit einen Staatsanteil von knapp 40% (Bruttostaatsquote). Das Gewicht des Staates ist nicht nur gewachsen; auch die Prioritäten seiner Tätigkeit haben sich verändert. Markant höher lagen 1985 im Vergleich zu 1960 die Anteile der Ausgaben für Soziale Wohlfahrt und Gesundheitswesen, während das Gewicht der Aufwendungen für die Landesverteidigung erheblich zurückgegangen ist. Am meisten Mittel machten 1985 Bund, Kantone und Gemeinden zusammen mit 12,23 Mia. Fr. für Unterricht und Forschung locker. Die Lastenverteilung zwischen den drei staatlichen Ebenen ist je nach Aufgabengebiet sehr unterschiedlich. So wurde 1985 etwa die Landesverteidigung zu 92% vom Bund finanziert. Dagegen trugen die Kantone beispielsweise knapp zwei Drittel der Ausgaben für das Gesundheitswesen, die Gemeinden 78% der Aufwendungen für den Bereich Hygiene der Umwelt.

Ständerat Jagmetti zu den «Zielsetzungen 87/91»

«Spur halten – Akzente setzen»

Für «Spur halten – Akzente setzen» plädierte der freisinnige Zürcher Ständervertreter Rico Jagmetti jüngst an der Pressekonferenz, an welcher die «Zielsetzungen 87/91» der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) vorgestellt wurden. Nachstehend ein Auszug aus seinen Ausführungen:

Die Richtung ist klar und aktueller denn je: Auf der Grundlage unserer freiheitlichen und demokratischen Staatsordnung gilt es, die bedeutenden Errungenschaften unseres Landes zu erhalten und zu sichern, gleichzeitig aber auch die Probleme unserer Zeit zu lösen und die Aufgaben von morgen frühzeitig zu erkennen und anzupacken.

Wider Scheuklappen

Scheuklappen sind für Pferde geeignet, damit sie ihre Aufgabe möglichst brav und abgeschirmt von zusätzlichen Einflüssen erfüllen. Ein solch begrenztes Blickfeld mögen auch in der Politik einige aus Bequemlichkeit oder gar zur persönlichen Profilierung schätzen. Die FDP wünscht demgegenüber Rundblick. Die Vielfalt des Geschehens und der Fragestellungen ist für sie kein Störfaktor, sondern Wirklichkeit. Ihre Legislaturziele erfassen daher einen sehr breiten Themenkreis, den sie recht detailliert ausleuchten. Auf dieser Linie des problemorientierten Liberalismus werden drei Akzente gesetzt, die in den Programm-Aussagen zu vielen Sachgebieten ihren Niederschlag finden.

Lebensqualität fördern – Umwelt schützen

Ihre *Umweltpolitik* hat die FDP im Manifest vom 21. Februar 1987 umschrieben, das in zeitlicher Abstufung zeigt, wie die einzelnen Emissionen und die Gesamtbelastung gesenkt werden sollen. Gegenüber dem Luftreinhaltekonzept des Bundesrates wird die Fragestellung ausgeweitet auf den Schutz der Ozonschicht und auf das Kohlendioxid- und damit das Klimaproblem.

Dieses wird Rückwirkungen auf unsere *Energiepolitik* haben, wo wir für eine sparsame Verwendung, für die Umweltverträglichkeit der Anlagen und für umweltgerechte, gleichzeitig aber auch ausreichende Versorgungssysteme eintreten. Unsere Sorge gilt erst recht dem Menschen selbst, weshalb wir eine Anpassung der Anlagen an die neuesten Sicherheitskenntnisse verlangen. – In der *Verkehrspolitik* halten wir fest an der Förderung des öffentlichen Verkehrs, an einer starken Senkung der Umweltbelastung primär durch technische Vorkehrungen und an einer Entlastung der Wohngebiete von Immissionen. Den Transit durch unser Land wollen wir nicht um jeden Preis.

Der Schutz des Menschen und der Umwelt gehört, wie wir ausdrücklich festhalten, zu den Pflichten der *Wirtschaft*. Daran zeigt sich, dass unsere Legislaturziele keinen blossen Forderungskatalog an den Staat bilden, sondern Programm für uns selbst sind. Gerade im internationalen Vergleich erkennen wir, wie unsere leistungsfähige Marktwirtschaft weit besser als eine gelenkte Wirtschaft Massnahmen für die Umwelt ergreift und verknüpft.

Unsere *Umweltpolitik* findet ihren Ausdruck auch im *Natur- und Heimatschutz*. Dass der Schutz unserer *Wälder* durch Senkung der Schadstoffbelastung der Luft und durch gute Durchforstung zu gewährleisten ist, betont die FDP seit dem Sommer 1983. *Umweltüberlegungen* fliessen auch in unsere *Landwirtschafts-*

nologien zu fördern. Staatliche Strukturhaltung wäre demgegenüber kein Weg in die Zukunft.

Die *Arbeitswelt* verändert sich im Zug dieser Entwicklung. Die FDP sieht darin eine Chance, die es im Rahmen der Sozialpartnerschaft zu nutzen gilt für qualitative Verbesserungen im Interesse der Arbeitnehmer und für vermehrte kreative Entfaltungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz. Wo im Zusammenhang mit Elektronik und Informatik neue *soziale Probleme* auftreten oder Anliegen der einzelnen Menschen sichtbar werden, will sich die FDP diesen Fragen widmen, so z. B. dem Datenschutz.

Für Freiheit Verantwortung tragen, Geborgenheit schaffen

Hier steht wieder der *Mensch* im Vordergrund, der möglichst viel Selbstverantwortung tragen soll, der als Mann oder Frau in Gleichberechtigung leben und über Entfaltungsmöglichkeiten verfügen soll, der als Glied einer Familie zu jener engsten Gemeinschaft gehört, der in der modernen Gesellschaft unverändert zentrale Bedeutung zukommt.

Geprägt durch Verantwortung und Geborgenheit sein muss auch in Zukunft unser *politisches System* mit den demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten, zu denen wir Anfang Monat unsere Entwicklungsvorstellungen erläutern

haben, und mit dem ausgebauten Rechtsschutz. Besonders gute Voraussetzungen für die aktive Mitwirkung der Bürger schafft unser feingliedriger Staatsaufbau, den die FDP durch Belassung wesentlicher Aufgaben bei Kantonen und Gemeinden stärken will.

Auch bei diesem dritten Schwerpunkt ist die *Wirtschaft* zu erwähnen, wo den kleinen und mittleren Unternehmen grosse Bedeutung zukommt im Hinblick auf die breite Streuung der Verantwortung, auf die sich daraus ergebenden überblickbaren sozialen Verhältnisse und auf die Innovationskraft, die solche Betriebe entfalten haben. Deshalb schenkt die FDP solchen Unternehmensformen in ihrem Programm besondere Beachtung, ohne dabei die Aufgaben der grossen Gesellschaften zu verkennen.

Verantwortung in Freiheit und Geborgenheit kann es nur in einem Staat geben, der sein eigenes Schicksal bestimmt. Diese Erkenntnis prägt unsere Vorstellungen zur *Sicherheitspolitik* und insbesondere zur Landesverteidigung, die nichts an Aktualität und Bedeutung eingebüsst hat.

Wir halten die *Spur* und betonen bei der Zuwendung zu den aktuellen Aufgaben und im Blick auf die kommenden Herausforderungen *Freiheit und Verantwortung*, denn die Zukunft meistern wird nicht der gelenkte, sondern der denkende und aktiv handelnde Mensch.



litik ein, die in den Legislaturzielen und in einem besonderen Programm der Fraktion aus einem umfassenden Blickfeld umschrieben wird.

Herausforderungen der technischen und der wirtschaftlichen Entwicklung annehmen – Chance nutzen

Schöpferisches Handeln des Menschen hat uns die Errungenschaften gebracht, über die wir uns freuen dürfen, und es bleibt Voraussetzung für die Lösung der Probleme von morgen. Darauf ist die *Ausbildung* auszurichten. Ein flexibles, leistungsfähiges und durchlässiges Schulsystem soll allen optimale Chancen geben. Die Erwachsenenbildung hat Wege zu öffnen und insbesondere den Wiedereinstieg der Frau ins Berufsleben zu erleichtern. Die Bedeutung der *Forschung* wird im Hinblick auf die Bewältigung der Zukunftsaufgaben mit Nachdruck betont.

Die Innovationskraft der *Wirtschaft* ist Voraussetzung für eine langfristig hohe Beschäftigung und einen breit abgestützten Wohlstand. Wir appellieren hier an den Willen, mit hoher Risikobereitschaft in Selbstverantwortung die Entwicklung neuer Tech-

Frauen- und Familienpostulate nicht isolieren

FDP-Programm und Frauen

Frauen- und Familienpostulate sind nicht zu isolieren, sondern in ihrem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen. Diese Ansicht vertritt die Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung Freisinnig-Demokratischer Frauen (SVFF), Dr. Regula Frei-Stolba (Aarau):

Die freisinnigen «Zielsetzungen 87-91» sind von Männern und Frauen gestaltet worden. In allen Parteiausschüssen und Arbeitsgruppen, welche die Vorarbeiten für das Parteiprogramm zu leisten hatten, waren Frauen vertreten. In der Programmkommission selber haben zwei Vertreterinnen unserer Vereinigung mitgewirkt. Zudem hat sich die SVFF an ihrer Präsidentinnenkonferenz eingehend mit dem Parteiprogramm auseinandergesetzt, und ihre Vor-

schläge sind ebenfalls mit einbezogen worden.

Grundhaltung

Am wichtigsten scheint mir die Grundhaltung, die aus dem gesamten Parteiprogramm spricht: Sie ist offen und zukunftsgerichtet, ohne die Vergangenheit zu verleugnen oder zu verketzern. Freisinnige Männer und Frauen wollen die Probleme der Zukunft anpacken, die neuen Herausfor-

Nicht vergessen**FDP-Wahlkundgebung**
Samstag, 12. September
Aarau

derungen annehmen und in liberalem Sinne lösen. Unbestritten sind heute die Zukunftsprobleme gross, aber unsere Möglichkeiten sind im Vergleich zu jenen der früheren Generationen auch grösser. Gerade wir freisinnigen Frauen und Mütter wollen unseren Kindern nicht Zukunftsangst, sondern Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten mitgeben. Es ist dabei selbstverständlich, dass wir aber bei allem, was wir heute tun, sehr genau die Auswirkungen auf die nächsten Generationen beachten. Das sind wir ihnen schuldig.

Die Stellung der Frau

Der Freisinn ist offen und anerkennt weder endgültige politische Lösungen noch endgültige gesell-



schaftliche Zustände. Unverändert bleibt nur das Ziel, nämlich eine Gesellschaft freier und selbstverantwortlicher Menschen, von Männern und Frauen. Aus diesem Grunde unterstützt die FDP die Umsetzung der rechtlich verankerten Gleichberechtigung in die Praxis und tritt für den Ab-

Fortsetzung auf Seite 8



Hans-Rudolf Jost, Aarau

Er packt an – wir auch.

Hans-Rudolf Jost ist in Aarau stadtbekannt. Und das ist kein Zufall. Sein Kaminfegergeschäft genießt einen guten Ruf. Darauf ist er zu Recht stolz. Er sagt, dass manches nur möglich war, weil er nie den Glauben an die Freiheit der Gewerbetreibenden verlor. Er hat sich den Leuten angeschlossen, die seine Anliegen verstehen. Er ist bei der FDP.

Hier trifft er Leute, die ihr Leben mit den eigenen Händen anpacken.

Interessiert?

Coupon:

- Ja. Auch ich möchte Leute kennenlernen, die ihr Leben mit den eigenen Händen anpacken. Bitte rufen Sie mich unverbindlich an, informieren Sie mich über die FDP.
 Bitte senden Sie vorerst nur Ihre Unterlagen.

Name, Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

In Blockschrift ausfüllen und einsenden an das FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern. Ihre Anfrage wird an die FDP an Ihrem Wohnort weitergeleitet.

FDPO

Freisinnig-Demokratische Partei

Neue Entwicklung im Verhältnis Schweiz - Europa

Die Schweiz als «zugewandter Ort»?

Anlässlich kürzlicher Besuche von parlamentarischen Delegationen in Bonn und Paris konnte man unschwer feststellen, dass die europäische Integrationspolitik in Bewegung geraten ist. FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann (Ermatingen TG) fasste für den «Freisinn» seine Eindrücke zusammen:

Trotz agrarpolitischer Krisenlage, finanzieller Unsicherheit und bürokratischer Schwerfälligkeit bahnt sich in Brüssel eine dynamische Entwicklung an, die vor den schweizerischen Grenzen kaum haltmachen wird. Der Schock des Gipfeltreffens von 1986 in Reykjavik sitzt tief, denn die oberste Führung der Vereinigten Staaten von Amerika versäumte es damals, die engsten europäischen Verbündeten rechtzeitig zu informieren und angemessen mitwirken zu lassen. Reagan und Gorbatschow stehen beide vor schwierigen innenpolitischen Situationen und müssen kurzfristig spektakuläre Erfolge in der Aussenpolitik suchen. Sie werden sich deshalb in Genf beim Abrüstungsabkommen über Mittelstreckenraketen zusammenraufen und wenig Rücksicht auf Europa nehmen.

Rasche und energische Reaktion

Die verantwortlichen Führungsgremien in Bonn und Paris reagieren auf diese Brückierung rasch und energisch und finden sich zu einer in der Geschichte bisher nie dagewesenen Kooperation. Am stärksten zeigt sich dies im militärpolitischen Bereich, wo die Exekutivorgane offenbar am schnellsten handeln können. So



einigen sich die Bundeswehr und das französische Heer – ehemalige Todfeinde in den beiden Weltkriegen unseres Jahrhunderts –, gemeinsam Generalstabsausbildung zu betreiben und gemischte Bataillons- und Brigadekampfgruppen aufzubauen. Erstmals seit sehr langer Zeit werden Ende 1987 die Franzosen wieder an grossen Manövern in Westdeutschland teilnehmen und ihre Verbände bis an die Zonengrenze verschieben lassen. Ja, wenn nicht alles täuscht, scheint sogar der Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitsrates möglich, womit die Vorherrschaft durch die Achse Bonn – Paris noch stärker betont würde.

Offensichtlich sind die jüngsten Agrarbeschlüsse der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel ebenfalls durch deutsche und französische Experten so vorbereitet worden, dass selbst Grossbritannien wohl oder übel dieses heimliche Diktat annehmen musste. Die verstärkte Zusammenarbeit der beiden mächtigsten europäischen Staaten wird sich im integrationspolitischen Umfeld niederschlagen und auch auf die Schweiz auswirken.

Schweiz mit EFTA isoliert

Die Europäische Gemeinschaft umfasst heute 12 Staaten mit neun Zehnteln der Bevölkerung des freien Europas und lässt die EFTA-Gruppe mit der Schweiz zu einem immer kleineren Partner werden. Trotz dem 1979 geschaffenen Europäischen Währungssystem zeichnet sich die EG in ihrer innern Entwicklung lange Zeit durch Stagnation aus. Doch plötzlich bewegt sie sich auf drei neue Ziele zu, nämlich die Schaffung eines umfassenden Binnenmarktes bis 1992 mit weitgehender Freizügigkeit für Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital, dann die Errichtung einer Technologiegemeinschaft mit grenzüberschreitender Forschung und Entwicklung und schliesslich den Weiterausbau eines einheitlichen Rechtsraumes mit supranationalem Gerichtshof. Diese revolutionäre Entwicklung dürfte sowohl durch das Wachstum der wirtschaftlichen Giganten USA und Japan als auch durch das Abrüstungspolitische Diktat aus Washington und Moskau beschleunigt werden.

Integrationsdynamik

Die Schweiz und die übrigen neutralen Staaten in Europa haben allen Grund, solche Integrationsdynamik mit höchster Aufmerksamkeit zu verfolgen und ihr eigenes Verhalten sorgsam zu über-

prüfen. Die EG behandelt diese Staaten seit dem Freihandelsabkommen von 1972 nicht mehr als solidaritätsscheue Feinde, sondern als Drittstaaten mit freiem Entscheidungsrecht zum Vollbeitritt, zum assoziationsartigen Anschluss oder zum Abseitsstehen. Für unser Land kommt ein klares Distanznehmen zur Europäischen Gemeinschaft immer weniger in Frage und darf keinesfalls mit dem Nichtbeitritt zur Uno verglichen werden. Wir sind wirtschaftlich wohl zu stark mit dem Ausland verknüpft, um einem europäischen Binnenmarkt fernbleiben zu können. Die Gefahr einer ökonomischen Diskriminierung steht vor der Tür und könnte unsere Wohlstandsentwicklung empfindlich beeinträchtigen.

Ein Verzicht auf grenzüberschreitenden technologischen Gedankenaustausch scheint ebenfalls ausgeschlossen, wenn wir nicht in hoffnungslosen wissenschaftlichen Rückstand geraten wollen. Selbst bei der EG-Rechtsprechung müssen wir die Neuerungen sorgfältig prüfen, damit wir nicht unter den Druck eines mühseligen juristischen Nachvollzuges kommen.

Vollbeitritt zur EG ausgeschlossen

Ebenso ausgeschlossen wie die völlige Eigenständigkeit im Herzen Europas scheint der Vollbeitritt zur neuen kontinentalen Völkergemeinschaft. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit hat nämlich dort ihre Grenzen, wo agrarpolitische Zielsetzungen aus Brüssel unsere Landwirtschaft zentral treffen und wo freizügiger Personalaustausch unsere Fremdarbeiterpolitik erschüttert. Auch die technologische Gemeinschaft hört auf, wenn militärpolitische Zusammenhänge entstehen, die unseren Neutralitätsstatus in Frage stellen. Besonders gefährlich ist das Ja zum einheitlichen Rechtsraum, da EG-Recht konsequent nationales Recht bricht und den bisherigen völkerrechtlichen Rahmen sprengt. Die Einmaligkeit der direkten Demokratie und die Vorzüge der föderalistischen Struktur würden dadurch in Frage gestellt.

Es bleibt uns, wie zur Zeit der Alten Eidgenossenschaft, nur die Möglichkeit, als eine Art zugewandter Ort einen schlaun Mittelweg zu finden. Mit bilateralen Verträgen, multilateralen Rahmenabkommen oder gar assoziationsähnlichen Lösungen müssen wir uns den neuen Verhältnissen so anpassen, dass wir möglichst viele Vor- und wenig Nachteile einhandeln. Dies dürfte nur dann gelingen, wenn wir unsere Chance heute noch wittern und morgen wahrnehmen; das heisst, solange wir unsere guten Trümpfe ausspielen können. Wir werden Europa durch einen starken Finanz-, einen qualitativ hochstehenden Werk- und einen kreativen Denkplatz beeindruckt. Umgekehrt ist Europa an uns interessiert, wenn wir stabile Sicherheit, offene Verkehrswege, medientechnische Infrastruktur und kulturelle Werte in den internationalen Verbund einbringen können.

Es gibt eine schweizerische Lösung

Eine schweizerische Lösung im zukünftigen Verhältnis zu Europa ist möglich, sofern die politische Führungsarbeit auf diesem Gebiet verstärkt und verbessert wird. Es geht vor allem um die rechtzeitige Information und in der Folge um situationsangepasste Mitsprache. Dies bedingt kluge Arbeit unserer Diplomaten, engen Dialog zwischen Bundesrat und vor allem den Regierungen von Bonn und Paris sowie politische Mitarbeit der Vertreter unserer Aussenwirtschaft.

Wir dürfen aber auch nicht davor zurückschrecken, uns als Parlamentarier inoffiziell im Ausland

Neuer Rekordstand

Ungereimtes um den Energieverbrauch

Umweltschutz – das Wort ist gegenwärtig in aller Leute Munde, «grüne Parteien» erzielen massive Wahlerfolge, die Umwelt wurde zum Sorgenkind Nummer 1 von Herrn und Frau Schweizer schlechthin. Mit diesem Bild der öffentlichen Meinung kontrastiert nun in krasser Art und Weise der Energieverbrauch derselben Herr und Frau Schweizer. Ein Kommentar von Peter Moor:

Auf Grund der Energiestatistik erreichte der Endverbrauch in der Schweiz im Jahre 1986 (notabene das Jahr von Tschernobyl!) einen neuen absoluten Rekordstand. Das Verbrauchsniveau des Vorjahres wurde um 2,2% übertroffen. Die stärkste Zunahme verzeichnete mit 4,5% das Autobenzin. Angesichts der Erdölpreisentwicklung wird damit einmal mehr die Aussage bestätigt, wonach erhebliche Preisbewegungen in diesem Bereich den Verbrauch nachhaltiger beeinflussen als alle noch so gut gemeinten Aufrufe zu sparsamem Verhalten. Der Elektrizitätsverbrauch stieg mit 2,5% ebenfalls überdurchschnittlich stark an, wenn auch schwächer als im Vorjahr mit 4,2%. Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Des Schweizer Bekenntnis zum Umweltschutz ist zumindest im Energiebereich vorerst noch rein verbaler Natur.

Politisch blockiert

Diese Verbrauchsentwicklung steht auch in keiner Art und Weise im Einklang mit anstehenden politischen Forderungen vor allem im Bereich der Elektrizität. Zum einen wird seit Tschernobyl der Ausstieg aus der Kernenergie gefordert, mit der Folge, dass momentan alle Projekte für weitere Kraftwerke dieser Art in der Schweiz faktisch aufs Eis gelegt wurden. Zum andern ist das natürliche Potential bei der Wasserkraft wohl nahezu ausgeschöpft. Die noch vorhandenen Möglichkeiten werden – zum Teil von denselben Kreisen, die auch den Ausstieg aus der Kernenergie fordern – aus Landschaftsschutzgründen vehement bekämpft. Angesichts dieser politisch völlig blockierten Situation einerseits sowie des anhaltenden Verbrauchszuwachses andererseits ist eine gewisse Schizophrenie unverkennbar.

Mit Blick auf das Erdöl wird die Situation noch zusätzlich kompliziert. Angesichts der grundsätzlichen Knappheit dieses Rohstoffes ist davon auszugehen, dass die Preise mittel- bis längerfristig in der Tendenz fortlaufend ansteigen werden. Die Frage der Substitution des Erdöls wird sich früher oder später notwendigerweise wieder stellen, wodurch der Elektrizitätsbedarf zweifellos weiter ansteigen wird.

Sparen als Alternative?

Bei der aktuellen politischen Lage stellt sich die drängende Frage nach Alternativen im Energiebe-

reich. Von der technischen Seite her zeichnen sich in absehbarer Zeit keine Neuerungen ab, welche unsere momentanen Hauptenergieträger im grossen Stile entlasten könnten. Es ist denn wohl auch kein Zufall, dass von verschiedenster Seite immer wieder auf das Sparen als Alternative verwiesen wird.

Für den Bereich der Elektrizität wurde im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms Nr. 44 versucht, das vorhandene Sparpotential auszuloten. Die Studie kam zum Schluss, dass insgesamt rund 30% des gegenwärtigen Verbrauchs eingespart werden könnten, ohne Einbusse an Lebensqualität und ohne Verminderung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Entscheidend aber ist der Zeitraum, in dem diese Einsparungen realisiert werden können: Die Untersuchung bemisst ihn auf volle 30 Jahre! Pro Jahr könnte im Durchschnitt also lediglich 1% eingespart werden. Angesichts der Erdölsubstitution sowie der Wirtschaftsentwicklung erscheint es selbst bei einer vollen Ausschöpfung des Sparpotentials als sehr wahrscheinlich, dass das absolute Verbrauchsniveau in 30 Jahren wesentlich über dem heutigen liegen dürfte. Das Elektrizitätssparen im Sinne dieser Studie ist dennoch zweifellos sinnvoll, kann doch immerhin eine Entlastung des Verbrauchs erwartet werden. Eine Lösung der skizzierten Grundprobleme dürfte auf diesem Wege allerdings nicht erreichbar sein.

Radikalkur mit Polizeimassnahmen?

Im gegenwärtigen Zeitpunkt bieten sich somit lediglich noch zwei Optionen an: Erstens ein extremes Sparprogramm unter bewusster Inkaufnahme einer Reduktion des allgemeinen Lebensstandards sowie einer massiven Schädigung der Wirtschaftskraft unseres Landes. Es liegt auf der Hand, dass eine derartige Radikalkur nur mit Hilfe umfassendster polizeilicher Massnahmen realisierbar wäre. Die Akzeptanz dafür dürfte in der Bevölkerung allerdings als sehr gering zu veranschlagen sein. Zweitens besteht die Möglichkeit, die blockierte politische Situation zu öffnen und die sich bietenden technischen Möglichkeiten in einem angemessenen Ausmass zu nutzen. Zusammen mit sinnvoll gesetzten Sparreizen dürfte dies zweifellos die realistischere Variante sein.

Fortsetzung von Seite 7

bau der historisch bedingten Benachteiligungen der Frau ein.

Wir freisinnigen Frauen sind uns des Wandels der Stellung der Frau in der Gesellschaft bewusst – eines Wandels, der unter anderem durch deren beträchtlich höhere Lebenserwartung und bessere Ausbildung bedingt ist. Dadurch wird heute das Leben der Frau vielfältiger und reicher. Die FDP begrüsst diese Vielfalt und unterstützt die Bestrebungen der Frauen, sich nun auch an verantwortungsvoller Stelle in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu behaupten, ohne dass wir Freisinnigen die wichtige Rolle der Frau innerhalb der Familie verkennen.

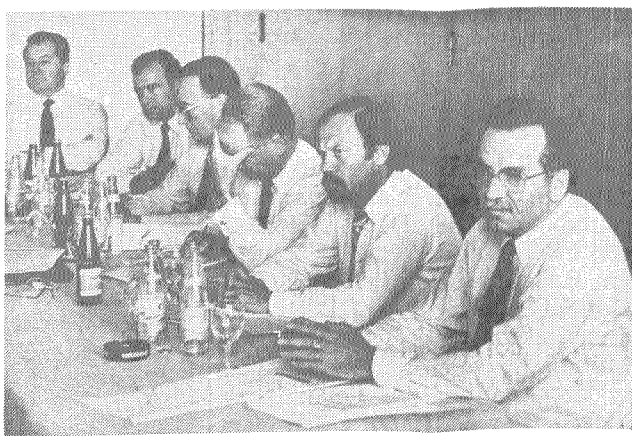
Erstmals wurden in einem freisinnigen Parteiprogramm Ausführungen zur Familie in freisinniger Sicht aufgenommen. Der Abschnitt über die Familie beruht auf den Thesen zur freisinnigen Familienpolitik, die unsere Vereinigung 1986 verabschiedet hat. Hier wie dort betonen wir die zentrale Bedeutung der Familie als eigentlichen Privatbereich jedes Menschen, weisen aber auch auf den Wandel in der Struktur der Familie hin. Beide Kapitel, die Stellung der Frau in der Gesellschaft und in der Familie, sind, anders als die übrigen Sachkapitel, ohne sie begleitende Postulate formuliert. Dies ist auf ausdrücklichen Wunsch und auf einstimmigen Beschluss der Präsidentinnenkonferenz unserer Vereinigung geschehen: Unsere Ansicht ging schon immer dahin, Frauenpostulate und Familienpostulate nicht zu isolieren, sondern in ihrem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen. Frauenpolitik und Familienpolitik, die alle betrifft; die Postulate sind deshalb in die einzelnen Sachkapitel integriert.

umzusehen, denn letztlich muss das vorsichtig abwägende Volk mit den neuen Entwicklungen vertraut gemacht werden. Das oft belächelte Österreich hat bereits viel mehr Vorarbeit geleistet und vorsorglich Denkmodelle für verschiedene Beitrittsvarianten ausgearbeitet. Es ist zu begrüßen, dass sich noch im November dieses Jahres parlamentarische Delegationen beider Länder zu einem Gedankenaustausch in Wien treffen. Wir müssen dafür besorgt sein, dass die Schweiz im veränderten politischen Umfeld Europas nicht zu einer getriebenen, sondern zu einer mitteltreibenden Kraft wird.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



Zu ihrer traditionellen gemeinsamen Zusammenkunft trafen sich unlängst die Geschäftsleitung der FDP der Schweiz und die freisinnigen Regierungsräte. Im Mittelpunkt der Aussprache standen ein Referat von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, der sich als Vorgesetzter des Volkswirtschaftsdepartements, zur aktuellen Wirtschaftslage unter Berücksichtigung regionaler und kantonaler Aspekte äusserte, sowie eine Aussprache über das Regieren in heutiger Zeit, welche durch ein Statement von Bundesrätin Elisabeth Kopp eingeleitet wurde. Zur Sprache kamen zudem weitere, die beiden Gremien berührende Fragen. (Photos ruti)

Nicht nur Politik...

Warum darf ein Wahlkampf nicht farbiger sein?

Wir Freisinnigen sind der Ansicht, dass ein Wahlkampf auch etwas farbiger sein darf. Nicht nur in der Sachpolitik, sondern auch in der Werbung. Denn ohne Werbung keine Parteien, ohne Parteien kein echter Wahlkampf. Wir Freisinnigen haben Argumente für unsere (Sach-)Politik. Sie können unsere Broschüre «Dazu stehen wir» mit den Aussagen zu unserer grundsätzlichen Haltung, aber auch zu aktuellen Fragen mit dem in diesem «Freisinn» auf Seite 3 abgedruckten Talon gratis bestellen. Wir Freisinnigen meinen aber auch, dass wir uns von den anderen Parteien nicht nur durch unsere programmatischen Aussagen, sondern als Volkspartei auch durch unsere Bürgernähe unterscheiden. Deshalb haben wir auch unsere Accessoires geschaffen. Mit diesen können Sie nicht nur Ihre freisinnige Haltung bezeugen, sondern auch einen Beitrag an unsere Wahlkosten leisten.



Anzahl/Artikel	Preis	Total
Seidenfoulard	Fr. 49.—	Fr.
Krawatte	Fr. 38.—	Fr.
Portefeuille	Fr. 44.—	Fr.
Armbanduhr <input type="checkbox"/> blau <input type="checkbox"/> weiss	Fr. 48.—	Fr.
Aktenmappe	Fr. 68.—	Fr.
Solarrechner	Fr. 20.—	Fr.
Schirm	Fr. 35.—	Fr.
Doppelschirm	Fr. 48.—	Fr.
Sportschirm (Klappsitzgriff)	Fr. 44.—	Fr.
Stirnband/Pulswärmer-Set	Fr. 10.—	Fr.
Anstecknadel	Fr. 10.—	Fr.
Windblouson		
..... Grösse S Grösse M		
..... Grösse L Grösse XL	Fr. 30.—	Fr.
T-Shirt		
..... Grösse 10 Grösse 12		
..... Grösse S Grösse M		
..... Grösse L	Fr. 18.—	Fr.
Sonnenhut	Fr. 1.20	Fr.
Wasserball	Fr. 1.50	Fr.
Feuerzeug, Schachtel à 10 Stück	Fr. 13.50	Fr.
Zündholzschatel, Packung à 10 Stück	Fr. 2.—	Fr.
Kugelschreiber, Schachtel à 10 Stück	Fr. 6.—	Fr.
Kräuterbonbon, 1-Kilo-Dose	Fr. 15.—	Fr.
Erfrischungstüchlein, Packung à 100 Stück	Fr. 20.—	Fr.
Totalkosten		Fr.

+ Verpackungs- und Versandkosten

Herr/Frau/Frl.
Name, Vorname

Strasse

PLZ/Ort

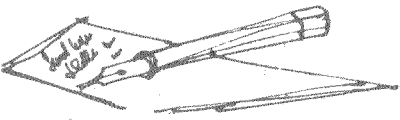
Unterschrift

Datum

Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an:

Generalsekretariat FDP der Schweiz
z. Hd. von Herrn E. Aebischer
Postfach 2642, 3001 Bern

Leserbriefe



Zu «Unverständlicher Anti-Amerikanismus»

(«Freisinn» Nr. 7/8)

Ganz abgesehen davon, dass Journalisten als Sprachrohr der Volksmeinungen fungieren und solche Themen bis zum letzten Tropfen auspressen, entspricht dies doch immer einer tatsächlichen Grundströmung.

Amerika als Weltmacht und selbsternannte Hüterin der Freiheit leistet in dieser Funktion nicht nur Hilfe, sondern übt auch beträchtlichen Druck aus im Bewusstsein, dass es auch im eigenen Interesse liegt, dass möglichst viele Länder ihre wirtschaftlichen Interessen und Ideologien in Freiheit ausüben können. Dazu gehört auch die Unterstützung von Diktatoren, die ihr Volk schamlos ausbeuten und welchen Widerstand mit brutalsten Foltermethoden und Mord unterdrücken, was kein gutes Licht auf Amerika wirft.

Ausserdem haben Watergate und heute aktuell Irangate nicht nur die Amerikaner enttäuscht und verunsichert, sondern auch die mit ihnen verbündeten Nationen, weshalb sich diese vermehrt auf ihre eigenen Stärken und Möglichkeiten besinnen und nicht länger nur als dankbare, abhängige Völker behandelt werden wollen. Das zeigt sich sehr deutlich im Abrüstungsprozess, der nur sehr zäh vorankommt und dass Wettrüsten im atomaren Bereich ungebremst weiter zulässt.

Ob nun der neue Mann im Kreml seine Reformpolitik vorantreiben und durchsetzen kann, ist eine Frage des Vertrauens zwischen den Nationen, wovon aber leider noch sehr wenig vorhanden ist, wobei man den freien Völkern den Vorwurf nicht ersparen kann, dass sie Herrn Gorbatschew sehr wenig Zeit zugestehen, sein «Experiment» durchzuführen. Ausserdem kann es ja nicht der Sinn der Abrüstung sein, die Nuklearwaffen am Boden und zur See zu eliminieren und dafür den Weltraum damit zu bestücken, worauf Amerika immer noch stur beharrt, weil es offensichtlich noch kein Jota vom Abschreckungsmechanismus-Gedanken abgekommen ist, obwohl dieser das unheilvolle Wettrüsten zu Dimensionen getrieben hat, die uns der nuklearen Vernichtung immer näher bringt, weil diese Technik irgendwann mal nicht mehr beherrschbar sein wird. Diese erschreckende Realität wird uns und auch andern Völkern immer mehr bewusst und prägt die Meinung und das Verhalten gegenüber Amerika und weiteren Ländern, die diese Vernichtungsmaschinerie vorantreiben.

P. S. Es ist in diesem Brief viel gesagt geblieben, aber drückt in entscheidenden Punkten die Einstellung sehr vieler gegenüber Amerika aus, wofür man Verständnis haben muss.

Frau H. Staub, Steinhausen

«Beipflichten»

(«Freisinn» Nr. 7/8)

Der Artikel «Unverständlicher Antiamerikanismus» von alt Bundesrat Dr. R. Friedrich hat mich sehr interessiert, und ich kann den Ausführungen des Autors weitgehend beipflichten. Es ist tatsächlich Mode geworden, die Amerikaner an allen Ecken und Enden zu kritisieren, ohne zu bedenken, dass das Schicksal Westeuropas ohne die Präsenz der Amerikaner sehr gefährdet wäre. Die Vorstösse von Generalsekretär Gorbatschew werden zum Nennwert hochgespielt. Dabei wird offenbar übersehen, dass sich Gorbatschew ausdrücklich zur Lenin-Linie bekannt hat. Meines Wissens ist von sowjetischer Seite auch nie verkündet worden, dass man vom Ziel der von Lenin propagierten Weltherrschaft abgerückt sei.

Es dürfte daher in diesem Zusammenhang nicht ganz abwegig sein, einige von Lenin 1920 formulierte Grundsätze zu zitieren, nämlich: «Solange Kapitalismus und Sozialismus nebeneinander bestehen, können wir nicht in Frieden leben. Es gilt alle Gegner zu beseitigen, damit nur noch der rechthabigste sozialistische Mensch übrigbleibt. Der Kampf bis aufs Messer zwischen Kommunismus und Kapitalismus ist unvermeidlich. Heute sind wir noch nicht stark genug, um anzugreifen. Die Bourgeoisie muss eingeschlafert werden. Wir werden deshalb damit beginnen, die theatralischste Friedensbewegung zu

entfachen, die jemals existiert hat. Es wird elektrisierende Vorschläge und ausserordentliche Zugeständnisse geben. Die kapitalistischen Länder, stupide und dekadent, werden mit Vergnügen an ihrer eigenen Zerstörung arbeiten. Sie werden auf den Leim der Gelegenheit zu einer Freundschaft kriechen. Und sobald sich ihr Schutzgürtel entblösst, werden wir sie mit unserer Gewaltfaust zerschmettern.»
Max Leuthold, Zürich

Neue Volksweisheit

Kommen Hagel, Sturm und Regen, auch Pierre Aubert wird sich's bald überlegen und die Arbeit niederlegen.

U. Ruprecht, Bern

FDP lanciert Projekt

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) will marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz wissenschaftlich untersuchen und auf ihre Tauglichkeit hin prüfen. Sie hat ein entsprechendes Projekt in Auftrag gegeben, dem ein wissenschaftlicher Beirat zur Seite steht. Die Projektleitung liegt in den Händen von Nationalrat Kurt Schüle (SH). Es ist vorgesehen, sechs Instrumente nach ökologischen und ökonomischen sowie rechtlichen Kriterien zu beurteilen: Emissionszertifikate für Feuerungen, Einteilung von Stoffen in Umweltklassen, Abgabe auf Batterien, Abgabe auf Stickstoffdünger, Bevorzugung abgas- und lärmärmer Lastwagen sowie Prüfung einer aufkommensneutralen Energieabgabe.

Die FDP begründet ihr Vorhaben damit, dass die schweizerische Umweltgesetzgebung heute zur Hauptsache auf Geboten und Verboten beruhe. Anreize zu umweltgerechterem Verhalten, insbesondere solche, die über den Preis wirken, würden nur ausnahmsweise benutzt. Bei der Ausarbeitung des Umweltschutzgesetzes wurden marktwirtschaftliche Instrumente mit der Begründung ausgeklammert, man wolle die Vorlage nicht überlasten. Die Absicht, spätere Anreize über den Preis zu schaffen, blieb ausdrücklich vorbehalten. In ihrem Manifest zum Umweltschutz verlangt die FDP, das bestehende Instrumentarium – soweit es sich als nützlich und sinnvoll erweist – «um marktwirtschaftliche Lösungen zu erweitern, mit dem Ziel, Kosten und Nutzen des Umweltschutzes in den Preismechanismus zu integrieren». Da jedoch auch Skepsis in bezug auf die Möglichkeiten der Konkretisierung eines solchen Instrumentariums bestehen, lanciert die FDP dieses Projekt.

Frauen und Gesamtverteidigung

Nach Ansicht des Ausschusses für Militärpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) sollen die Frauen vermehrt mit dem schweizerischen Konzept der Sicherheitspolitik und deren Instrument, der Gesamtverteidigung, vertraut gemacht und zur Mitarbeit motiviert werden. Das von Nationalrat Paul Wyss (Basel) präsidierte Gremium hat deshalb eine Kommission eingesetzt, welche Vorschläge zur verstärkten Integration der Frauen in die Gesamtverteidigung ausarbeiten soll.

Der Ausschuss liess sich durch den Chef des Militärischen Frauendienstes, Brigadier Johanna Hurni, über die Stellung der Frau in der Gesamtverteidigung informieren. Nach Ansicht von Frau Hurni scheitert ein vermehrter und ausbreitender Einbezug der Frauen in die zivilen und militärischen Bereiche der Gesamtverteidigung in deren fehlender Einsicht in die Notwendigkeit, sich auf den Fall einer technischen Katastrophe oder kriegerischen Auseinandersetzung vorzubereiten. Für den freisinnigen Militärausschuss werden den Frauen die nötigen Informationen über deren Bedeutung und Stellung in der Gesamtverteidigung vorenthalten; diese könnte ihnen ein Ausbildungsobligatorium vermitteln. Die FDP-Frauengruppen hatten sich im Vernehmlassungsverfahren über die Mitwirkung der Frauen in der Gesamtverteidigung in diesem Sinne geäussert.



«Wer in Beruf und Privatleben hohe Ansprüche stellt, sollte bei der Vermögensverwaltung keine Abstriche machen. Lernen Sie uns kennen!»

Dr. Georg Krayser
Teilhaber



Spezialisiert auf aktive Vermögensverwaltung

Bank Sarasin & Cie, Freie Str. 107, 4002 Basel
Bank Sarasin & Cie, Talstr. 66, 8022 Zürich
Sarasin Investment Management Limited,
Sarasin House, 5/6 St. Andrew's Hill, London EC4V5BY

Häufig verschoben – nun soll sie stattfinden:

Deutsch-deutsche Visite

Vom 7. bis zum 11. September besucht der Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und Staatsratsvorsitzende der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), Erich Honecker, die Bundesrepublik Deutschland. Es ist eine Visite von Deutschland zu Deutschland; von der Regierung in Bonn als «offizieller Besuch auf Einladung des Bundeskanzlers» (Helmut Kohl) bezeichnet. Eine Vorschau auf dieses Ereignis von Jacques Baumgartner:

Der Besuch aus dem «anderen Deutschland» war in den vergangenen Jahren wiederholt verschoben worden, und zwar auf Druck der Sowjetunion. Nun haben sich aber seit dem Machtantritt von Michail Gorbatschew im Kreml in Moskau die politischen Akzente etwas verschoben, und es werden andere Prioritäten gesetzt. Vor allem soll Schwung in die Wirtschaft gebracht werden.

Nämliches gilt auch für die DDR, die in den sowjetischen Plänen für den «Perestrojka» genannten wirtschaftlichen Um- und Aufbau eine wichtige Position einnimmt. Gemessen an östlichen Volkswirtschaften, nimmt sich die DDR (zusammen mit Ungarn) nahezu als Wunder aus.

Handel und Innerdeutsches

So dürften denn in Bonn der Bundeskanzler und der Staatsratsvorsitzende (Staatsoberhaupt) vornehmlich auch über Wirtschaftsfragen parlieren. Zur offiziellen Begleitung von Honecker gehören unter anderen, das für Wirtschaftsfragen zuständige SED-Politbüromitglied Mittag, Aussenminister Fischer und Aussenhandelsminister Beil.

Aber nicht nur über Handel dürfte gesprochen werden. Bonn liegen die innerdeutschen Beziehungen sehr am Herzen. Damit ist der Reiseverkehr in beiden Richtungen gemeint. Die DDR ist nach dem Rechtsverständnis der Regierung in Bonn kein Ausland. Derzeit können etwas mehr als eine halbe Million DDR-Bürger unterhalb des Pensionierungsalters (für Pensionierte bestehen keine Beschränkungen) jährlich in die Bundesrepublik reisen. Die Bevölkerung in der DDR hofft,

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD), 248 000 km², 58 Mio Einwohner (ohne Westberlin) – wurde am 23. 5. 1949 in Bonn gegründet. Sie ist ein demokratisch-parlamentarischer Bundesstaat, bestehend aus zehn Bundesländern. Staatsoberhaupt ist Richard von Weizsäcker seit dem 1. 7. 1984. Regierungschef ist Helmut Kohl. Der Bundestag, das Parlament, wird alle vier Jahre gewählt.

dass «bald» mehr in den Westen fahren werden dürfen.

Viele DDR-Bewohner unterhalb des Rentenalters, die in der DDR genug Geld haben, empfinden es als besonders beschämend, dass sie ihren Aufenthalt im Westen nicht selber bezahlen können, weil ihr Staat ihnen das DDR-Geld nicht in ausreichender Menge in «hartes» Westgeld umtauscht. Sie müssen die Bundesrepublik um ein sogenanntes Begrüssungsgeld bitten beziehungsweise bei den bundesdeutschen Behörden darum ersuchen. Sodann erhoffen sich viele DDR-Bürger vom Honecker-Besuch in Bonn, dass ihre Anträge auf Übersiedlung in die Bundesrepublik von den DDR-Behörden rascher behandelt und die Wartezeiten verkürzt werden.

Amnestie als Klimaverbesserer

Im Zusammenhang mit dem Honecker-Besuch in seiner ursprünglichen Heimat muss auch die vom DDR-Staatsrat im Juli verkündete allgemeine Amnestie für Straftäter aus Anlass des 38. Jahrestages der Gründung der DDR am 7. Oktober gesehen werden. Ebenso die Abschaffung der Todesstrafe und die Absicht, beim Obersten Gericht eine zweite Instanz gegen Entscheidungen der Senate des Obersten Gerichts zu errichten.

Gnadenerlasse des DDR-Staatsrates sind keine Neuigkeit. In den Jahren 1951, 1961, 1972 und 1979 wurden Amnestien verkündet. Bei der Amnestie 1979 entliess die DDR fast 22 000 Häftlinge. In diesem Herbst sollen es wieder etwa so viele sein. Die Frage, die sich aufdrängt, woher kommen die vielen Gefangenen her?

1972 waren in der DDR 25 000 Gefangene amnestiert worden. Diese Gefangenzahl bezogen auf die Bevölkerung der Bundes-

Die Deutsche Demokratische Republik (DDR), die bei 108 000 km² Fläche rund 16 Mio. Einwohner zählt, wurde am 7. 10. 1949 in Ost-Berlin proklamiert und erhielt 1954 die volle Souveränität. Die DDR ist eine sozialistische Republik. Staatsoberhaupt ist seit 1976 Erich Honecker. Er wurde im Oktober 1976 Vorsitzender des Staatsrats. Regierungschef ist Willi Stoph. Bestimmende politische Kraft in der DDR ist die Staatspartei SED (Sozialistische Einheitspartei), die sich 1946 auf Druck der sowjetischen Besatzungsmacht aus KPD und SPD konstituierte.

republik, hätte ergeben, dass im westlichen Teil Deutschlands mehr als 90 000 Strafgefangene hätten entlassen werden müssen. Damals (1972) gab es in der Bundesrepublik etwa 30 000 Strafgefangene. Dieses «Rechenspiel» steht für das harte Strafrechtssystem in der DDR.

Eine Amnestie in der DDR ist kein Ausweis besonderer Menschlichkeit, sondern eine staatspolitische Notwendigkeit. Im Vorfeld seiner Westreise wollte Honecker das Klima verbessern und vorab höhere finanzielle Hilfe von Bonn erlangen.

Wirtschaftlicher Druck ...

Die DDR kämpft zurzeit an mehreren Fronten ihrer angespannten Wirtschaft. Die DDR-Lieferungen in die Bundesrepublik gingen im Rahmen des innerdeutschen Handels zurück. Die DDR kann nicht liefern. Viele Betriebe haben Mühe, die vereinbarten Mengen in der vereinbarten Qualität zu liefern. Die DDR trifft den Verfall des Erdölpreises, da dies ihre Erlöse aus den Benzin- und Diesellieferungen in Richtung Westen schmälert: Sie raffiniert sowjetisches Erdöl und exportiert die Endprodukte in den Westen.

Die Regierung in Bonn erwartet von dem Honecker-Besuch, dass die Teilungsgrenze durchlässiger und dadurch das Bewusstsein der Deutschen von der Einheit der deutschen Nation gewahrt wird. Positiv wertet die Bundesregierung, dass die Zahl der Reisen in dringenden Familienangelegenheiten seit 1982 um das Zehnfache gestiegen ist (auf mehr als eine halbe Million ausserhalb des Rentenalters) und dass die Zahl der bundesdeutschen Schüler, die in die DDR reisen, von 16 000 auf über 65 000 im vergangenen Jahr anstieg. Erwartet wird aber auch, dass die DDR den Schiessbefehl an der Berliner Mauer und an der inner-



Offensichtlich versucht Nationalrat Jean-Pierre Bonny (FDP, BE), der frühere Biga-Direktor, den Delegierten des Zentralverbandes Schweizerischer Arbeitgeberorganisationen, seinen Zürcher Rats- und Fraktionskollegen Heinz Allenspach (rechts), zu überzeugen. (Foto ruti)

deutschen Grenze aufhebt, und dies nicht nur auf Zeit ...

... und Moskaus Einfluss

Pro memoria, alle Siegermächte des Zweiten Weltkrieges haben sich auf das Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen von 1937 geeinigt. Ein Resultat würde bis anhin nicht erreicht, aber nä-

her ist «man» sich gekommen. Dies, weil die DDR immer stärker unter den Druck wirtschaftlicher Sachzwänge gerät. Es dürfte der SED-Führung künftig schwerfallen – bei allen entgegengesetzten politisch-ideologischen Interessen –, sich diesem Trend entgegenzusetzen ... Dafür sorgt auch die gegenwärtige Politik.



Mike Williams

WAS HAT IHR BÄR IN LETZTER ZEIT FÜR SIE GETAN?

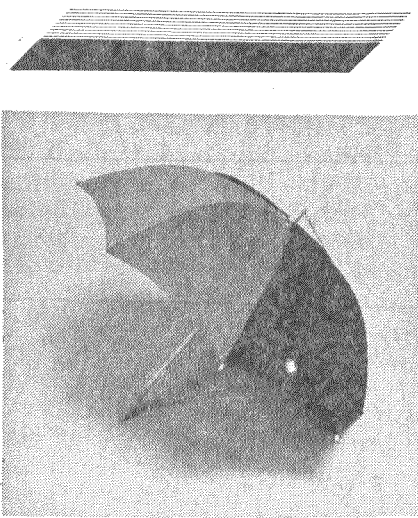
Hat Ihr Berater Ihrem Portefeuille immer seine volle Aufmerksamkeit gewidmet und Massnahmen ergriffen, ohne die eine optimale Vermögensverwaltung nicht möglich ist? Jahrein, jahraus? In guten und in schlechten Tagen?

Wenn nicht, denken Sie über eine Zusammenarbeit mit der Bank Julius Bär nach, einer der führenden Privatbanken.

Seit über 40 Jahren haben wir uns auf die internationale Vermögensverwaltung spezialisiert und betreuen eine anspruchsvolle, wachsende Kundschaft in aller Welt.

JB^{CO}B BANK JULIUS BÄR
For the fine art of Swiss banking.

Bahnhofstr. 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11, Tx. 823 865



Kennen Sie

den neuen FDP-Regenschirm? Mit Nylonbezug, Holzgriff und Schulterriemen aus Leder. In den Farben Rot und Blau. Mit diskrettem FDP-Signet-Aufdruck.



Bitte senden Sie mir ... Stück FDP-Regenschirme zum Preis von Fr. 35.- (plus Porto und Verpackung).

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Wohnort: _____

Bitte einsenden an: Generalsekretariat FDP, Postfach 2642, 3001 Bern